

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2,- Reichsmark vorwärts zahlbar.

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Volk und Welt' mit 'Gedanken und Kleinigkeiten' sowie der Beilage 'Unterhaltung und Wissen' und Frauenbeilage 'Frauenstimme' erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Freitags einmal.

Telegraphische Adressen: 'Sozialdemokrat Berlin' 23

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einseitige Normzeile 10 Pfennig. Restamte 4,- Reichsmark. Kleine Anzeigen das Felddrucke Wort 20 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptpostamt, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 17. Juni 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Painlevés Marokkobericht.

Französisch-spanische Flottenaktion. - Ein abberufener General.

Paris, 16. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der französische Ministerpräsident Painlevé, der am Dienstagmorgen von seiner Reise nach Marokko zurückgekehrt ist, hat sich von der Bahn sofort nach dem Ehrliege begeben, um dem dort versammelten Ministerrat Bericht über seine an der marokkanischen Front gesammelten Eindrücke sowie über die dort mit den militärischen Leitern getroffenen Vereinbarungen zu erstatten.

Auch war Painlevé, der im Anschluß an den Ministerrat die Vertreter der Presse empfing, hier in seinen Mitteilungen von außerordentlicher Zurückhaltung. Er bezeichnete als ersten positiven Erfolg seiner Reise die mit der spanischen Regierung getroffene provisorische Vereinbarung, die es den französischen Streitkräften ermöglicht, den Waffenschmuggel nach Marokko wirksam zu bekämpfen.

Die spanisch-französische Konferenz. Paris, 16. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die französisch-spanische Konferenz über die Marokkofrage wird am Mittwoch in Madrid eröffnet. An der Spitze der französischen Delegation steht der ehemalige Innenminister Malon, der auch die Vorverhandlungen zu dieser Konferenz geführt hat.

Sibt Caillaux nach?

Paris, 16. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Finanzkommission der Kammer hat am Dienstag die seit Freitag unterbrochene Beratung des Budgets wieder aufgenommen. Es verlautet, daß es zwischen der Regierung und der großen Mehrheit der Kommission nunmehr zu einer definitiven Verständigung darüber gekommen sei, den Haushaltsvoranschlag in der Fassung, die er durch den Senat erhalten habe, anzuerkennen und sich darauf zu beschränken, den Fehlbetrag in Höhe von rund einer Milliarde, den dieser infolge der von der Finanzkommission der Kammer vorgenommenen Modifikationen aufweisen wird, durch Schaffung neuer Einnahmemechanismen zu decken.

Kurze Erklärung Painlevés in der Kammer.

Paris, 16. Juni. (E.P.) Am Schluß der heutigen Kammer Sitzung kam die Interpellation Doriot von neuem zur Sprache. Die Regierung beantwortete wiederum, sie auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Doriot wirft Marshall Lyautey in seiner Interpellation vor, für die Wiedereröffnung der Feindseligkeiten in Marokko verantwortlich zu sein.

der Kommunistischen Partei zu dienen und ohne daß dabei bedacht worden ist, daß damit die Unterhandlungen mit einer befreundeten Nation gefährdet werden. Ich möchte die Kammer ersuchen, sich durch ein solches Vorgehen nicht lächerlich zu lassen.

Die Paktnote.

Veröffentlichung Freitag morgen.

WTB. meldet: Wie wir berichteten, war zunächst in Aussicht genommen, die heute vom französischen Botschafter übergebene Note in der Sicherheitsfrage am Donnerstag zu veröffentlichen. Soeben wird uns mitgeteilt, daß die beteiligten Regierungen sich nachträglich dahin geeinigt haben, die Veröffentlichung erst am Freitagmorgen vorzunehmen.

Französische Aktienveröffentlichung.

Paris, 16. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Am Donnerstag wird in Paris ein Selbstbuch herausgegeben, das folgende Schriftstücke enthält: 1. Deutscher Vorschlag vom 8. Februar 1925. 2. Empfangsbestätigung Herriots. 3. Sieben Schriftsätze, die zwischen London und Paris über den deutschen Vorschlag gewechselt worden sind. 4. Antwort Frankreichs, die am Dienstag in Berlin übergeben wurde, als Anlage dazu die Zustimmungserklärungen Englands, der Tschechoslowakei, Polens und Belgiens.

Italienische Zwischennote.

Rom, 16. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die italienische Regierung erklärt in einer Note an Frankreich außerordentlich kurz und reserviert, daß sie mit dem allgemeinen Prinzip des Paktes einverstanden sei, fügt aber hinzu, daß es sich nach ihrer Auffassung vorläufig nur um einen unverbindlichen Meinungsaustausch handle, da die Situation der einzelnen Staaten noch nicht genügend präzisiert sei.

Und doch Kabinett Poulet?

Sozialistisch-katholische Koalition mit zwei liberalen Nichtparlamentariern.

Brüssel, 16. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die neueste Wendung in der belgischen Kabinettskrise vom Dienstag ist die Wiederaufnahme des schon einmal fertigen, aber plötzlich wieder erledigten Ministeriums Poulet. Eine Aenderung ist nur insofern vorgesehen, als jetzt, statt bisher 11, 12 Portefeuilles vergeben werden sollen, und zwar fünf an die Sozialisten, die gleiche Zahl an die Katholiken und zwei an Nichtparlamentarier aus den Reihen der Liberalen.

Poulet versicherte den sozialistischen Führern, daß er jetzt entschlossen ist, das Ministerium ohne weitere Rücksprache mit den Katholiken und Liberalen offiziell zu bilden, sobald der Beschluß des sozialistischen Generalrats vorliegt, der am Mittwoch seine entscheidenden Beratungen abhält. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß er sich zugunsten des Ministeriums Poulet entscheiden wird. In der Kammer hat diese Regierung eine verhältnismäßig starke Mehrheit.

Gegen den Giftkrieg.

Der Genfer Verbotsentwurf.

Genf, 16. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Internationale Konferenz zur Kontrolle des Privatwaffenhandels wurde nach sechsmonatlicher Tagungsdauer geschlossen. Der von der Konferenz beschlossene Konventionsentwurf enthält als wichtigste Bestimmungen das Verbot der Verwendung von Giftgasen und Bakterien als Kriegswaffe, ferner die obligatorische Verpflichtung für alle Konventionsunterzeichner, alljährlich die Menge des Waffenimports und -exports in ihren Ländern zu veröffentlichen. Diese Verpflichtung gilt jedoch nicht für die baltischen Staaten, Polen, Rumänien, Persien, solange Rußland die Konvention nicht unterzeichnet.

Aufmarsch der Zöllner.

Agrarier und Schwerindustrie in gemeinsamer Front.

Gestern beendete der Deutsche Landwirtschaftsrat seine 55. Plenarversammlung in Friedrichshagen mit einer groß angelegten, auf propagandistische Wirkung berechneten Zollaussprache. Die Resolution, die nach einem Referat des Landbundführers v. Wangenheim-Klein-Spiegel angenommen wurde, stellt von Anfang bis zu Ende eine Herausforderung und Berühmung aller Volkstreife dar, die das Wohl des deutschen Volkes über das Privatinteresse einiger kleinen, aber machtvollen Interessentengruppen stellen, einen Hohn auf die Wissenschaft, die, ginge es nach den Geldpolitikern von Ar und Halm, ihr Vergeßlich zurückzahlen oder sich zur bewußten Lüge bekennen müßte.

Hinter so schneidigem Auftreten kann natürlich der alte Bundesgenosse der agrarischen Schutzöllner, die Schwerindustrie, nicht zurückstehen. Zur gleichen Zeit, als sich der Landwirtschaftsrat am Gestade des Bodensees politisch ereiferte, tagte in der Hauptstadt des unfeindlichen und vom der Schwerindustriellen Kamarilla des kaiserlichen Deutschland ins Elend geführten Saarlandes der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller. Mittelpunkt der Tagung war hier ebenfalls die Zollfrage. Auch die Eisenindustrie fordert einen Schutz Zoll, im früheren Wertverhältnis auf den reinen Grundstoff der industriellen Fabrikation. Auch sie verlangt den Zoll nicht etwa aus Profitinstinkten. Rein - ganz selbstverständlich ist es das Interesse des ganzen Volkes, daß eine künstliche Verteuerung der industriellen Fabrikation ebenso verlangt wie einen organisierten und staatlich privilegierten Brotwucher.

Die alte Front der Zöllner ist also wieder hergestellt. Die Eisenindustrie fordert neben erhöhten Zöllen obendrein das Recht vollkommener Freiheit in der Kartell- und Verbandsbildung. Die Forderung ist durchaus im Sinne einer Hochschutzzollpolitik, denn ohne durchorganisierte Kartelle kann die Schwerindustrie nicht das erlangen, was sie mit ihren Zöllen bezweckt: die Herausraubung der Eisenpreise über den Weltmarktpreis und den vollen Betrag des Zolls. Und die Schwerindustrie ist nun einmal gewohnt, in Preisfragen ganze Arbeit zu machen.

Man könnte versucht sein, diese einheitliche und einseitige Stellungnahme des Großkapitals in Schwerindustrie als Ausgeburt einer ideologischen, gutgläubigen Berranttheit anzusehen. Man könnte glauben, diesen braven Rittern vom Ar und Stahl sei das heransiehende Schlagwort vom 'Schutz der nationalen Arbeit' derart in die Gehirnschubstanz hineingefahren, daß sie nicht an Handelspolitik denken könnten, ohne wieder in die Vitanelei vom Segen der Schutzzölle zu verfallen. Dem ist nicht so. Ein kleines, außerordentlich bezeichnendes Symptom: In dem Referat, das der deutsch-nationale Abgeordnete Dr. Reichert in Sarbrücken vor den Schwerindustriellen hielt, wies dieser pathetisch die 'Lügen' von den Inflations-, Reparations- und Ruhrkampfgewinnen der Eisenindustrie zurück - so heißt es in dem Bericht des Vereins. Jetzt wissen wir es also: Der Stinnes-Konzern ist aus dem Nichts entstanden, die unerhörte wirtschaftliche Macht, die sich in der Eisenindustrie und rings um sie zusammenballte, sie ist nicht etwa eine Folge des Falles der anderen, sondern eine Folge der Verarmung der Schwerindustriellen! Moses, der mit seinem Stabe aus dem Felsen eine Quelle herauszuberte, ist ein Waisenknecht gegen diese Patrioten, die mit Vermögensverlusten reich werden. Man lügt, und wußt vielleicht, sicher aber nicht zulezt deshalb, weil der Glaube an die eigene Gottähnlichkeit es gestattet, mit der Wahrheit wie mit einem Spielball umzuspringen und in jedem Augenblick gerade das zu sagen, was eben paßt. Die Herren mit den allein 'diskontofähigen Unterschriften' behalten auch dann recht, wenn ihre Konzernführer sich nach der finanziellen Erschütterung ihrer in der Not des Volks erraischen Rammunternehmungen von den Großbanken und der Reichsbank ihre Diskontofähigkeit erbetteln müssen.

Es gehört der ganze Glaube eines romanisch veranlagten Volkes an den mystischen Zauber des Kurpfuschertums dazu, daß man diese Leute, die in Krieg, Inflation und Stabilisierungskrise den Beweis kündenloser Unfähigkeit in der Wirtschaftsführung erbracht haben, heute noch als Sachverständige hört. Aber ihr Wort hat Gewicht, ihre Organisation

ft gesellschaftliche und politische Macht, ihr Ruf nach Schutz findet ein lebhaftes Echo in einer gekauften Presse. Das zwingt auch die Arbeiterschaft den Ausführungen des Interessenträgers eine Aufmerksamkeit zuzuwenden, die im umgekehrten Verhältnis zum sachlichen Wert der Unternehmer- und Geburten steht.

Rückwärts lautet die Parole. Nicht nur die künstliche Verteuerung der Lebenshaltung und der industriellen Fabrikation ist das gemeinsame Ziel der Zollreaktionäre. Abbau der Sozialpolitik, Abwälzung der Staats- und Reparationslasten auf die wirtschaftlich Schwächsten, auf Arbeiter und Verbraucher ist das gemeinsame Streben der Schwerindustrie und der Großlandwirtschaft. Und es ist klar, daß dieses Ziel nicht mit einem Schritt erreicht werden kann. Die Deutschnationalen haben die schwere Bürde der Regierungsverantwortung auf sich genommen, um zunächst einmal die Zollvorlage unter Dach und Fach zu bringen. Ist der Budgetetat gesichert, dann hat man die erste Etappe hinter sich. Die Reichsregierung ist dabei in so willkürlicher Abhängigkeit von den kapitalistischen Drahtziehern, daß sie noch in letzter Stunde die Fassade zu vertuschen suchte, daß der Reichswirtschaftsrat gegen die Agrarzölle votiert hat! Aber die Ehe der Deutschnationalen mit der Republik ist ein Vertrag auf Kündigung. Man weiß, daß die Deutschnationalen schon jetzt sich mit der Absicht tragen, ihre Minister aus der Kabinett-Luther zurückzuziehen, wenn erst die Zollvorlage Gesetz ist. Es ist ein heuchlerisches und gewagtes Spiel, das hier mit den Interessen des Volkes gespielt wird.

Die Tagungen der beiden Interessenverbände, des Landwirtschaftsrats und der Schwerindustrie, haben dazu beigetragen, daß die Karten der Gegenspieler offen liegen. Mit großer Wucht hat die Arbeiterschaft den Kampf gegen den Zollwucher und gegen die soziale Reaktion aufgenommen. Schon einmal im vorigen Herbst hat die Regierung die Pläne, unter Umgehung des Volkswillens die Zollvorlage durchzuführen, an dem harten Widerstand der Konsumenten scheitern sehen. Es wird ihr diesmal nicht viel anders gehen, wenn die Arbeitnehmer aller Richtungen und aller Parteien geschlossen gegen die reaktionären Wuchtanprüche des Großkapitals auftreten.

Wangenheims Zollede.

Das große Referat, mit dem der bekannte Landbändler Freiherr von Wangenheim-Kleinpiegel auf der Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrates die Schutzollforderungen der Großagrarier begründete, zeichnete sich dadurch aus, daß dieser Interessent jede offensichtliche Argumentation über die Schutzölle ablehnte. In der landwirtschaftlichen Universitätslehrstühle als Kurator verhöhrte. Angesichts der schwebenden außenpolitischen Verhandlungen über den Sicherheitspakt war der Teil der Rede Wangenheims besonders interessant, der die Zollforderungen mit der Möglichkeit eines neuen Krieges begründete, weil Deutschland in diesem Falle eine selbständige Ernährung erlangen mußte. Er lobte die Zollpolitik des Fürsten Bismarck, die angeblich ihm nie gekannte wirtschaftliche Blüte Deutschlands zur Folge gehabt haben soll, erklärte aber gleich darauf, daß zur Erlangung einer selbständigen Ernährung des deutschen Volkes bei Beginn des nächsten Krieges nichts vorbereitet gewesen sei. Dieser Widerspruch hörte ihn nicht, denn auf die Beweislast der Argumente ummüht er ja den Interessenten in der Wahrnehmung der Zollwünsche nicht an. Die Wirtschaftskrise führt er zurück auf die gestiegenen Löhne, hohe Steuern, hohe Lasten und auf die Aufgaben auf Grund des Dawes-Abkommens, die die Produktionskosten hinaufgeschraubt hätten. Die Sozialgesetzgebung müsse abgebaut werden. Die bisher vorgesehene ökonomische Zölle seien noch unzureichend, weil sie die eingetretene Geldentwertung nicht berücksichtigten. Jede Luxusimport müsse unterbunden werden, da diese den süddeutschen und westdeutschen Garten, Obst- und Weinbau schon fast in den Ruin gebracht habe. Daß der Abbau der Weinzölle durch die Annahme des deutsch-spanischen Handelsvertrages mit Hilfe der

Deutschnationalen im Reichstag durchgeführt wurde, dabei hielt man sich nicht lange auf.

In einem weiteren Referat erklärte Dr. Schindler, ein wissenschaftlicher Mitarbeiter des Deutschen Landwirtschaftsrates, die Reichsregierung habe längere Zeit hindurch beabsichtigt, die Agrarzölle im Wege eines Ermächtigungsgesetzes wieder einzuführen. Trotz gewisser Bedenken hätten sich die Industrie und die Landwirtschaft mit diesem Wege einverstanden erklärt, aber durch den Widerstand der Konsumentkreise und der ihnen nahestehenden politischen Parteien, die bei einem Ermächtigungsgesetz übermäßige Zölle befürchteten, habe sich die Regierung gezwungen gesehen, ein ins einzelne gehendes Zollgesetz den Parteien vorzulegen.

Hier wurde also von berufener Seite bestätigt, daß die Regierung unter Ausschaltung des Parlaments die Agrarzölle dem Volke aufzutrotzen wollte.

Die Resolution.

die von der Tagung angenommen wurde, billigt die vom Landwirtschaftsrat erstattete Denkschrift über den Schutz der landwirtschaftlichen Erzeugung als Vorbedingung des Wiederaufbaus der deutschen Wirtschaft, verlangt aber weiter „angemessene“ Zölle auch auf Futtermittel und selbst auf Wolle. Die Zölle des Gelehtenwurfs seien für die Agrarzeugnisse zu niedrig; verlangt wird Gleichstellung dieser Zölle mit denen der Industrie; gefordert wird ferner die sofortige Einführung der erhöhten Zölle ohne Aufschub. Die Entschließung droht mit einer schweren Wirtschaftskatastrophe, wenn keine ausreichenden Agrarzölle kämen.

Die Tendenz der ganzen Resolution wird durch die Bemerkung Wangenheims beleuchtet, der im Gegensatz zum Reichswirtschaftsrat, und zu dem größten Teil der deutschen Fachwissenschaftler erklärte, Freihandel sei in der heutigen Lage der Ruin Deutschlands.

Keine Aufwertung der Bankeinlagen.

Die Regierungsparteien lehnen ihren Antrag ab.

In der Dienstagssitzung des Aufwertungsausschusses stand Absatz 4 des § 12 zur Beratung, der, kurz gesagt, die Ansprüche an Banken behandelt. Die Regierungsparteien hatten dazu einen Antrag gestellt, nach dem Ansprüche auf Bankeinlagen, die nach den Grundsätzen des reinen Sparverkehrs zu beurteilen sind, als Vermögensanlagen gelten und der Aufwertung unterliegen. Die Höhe des Aufwertungsmaßes soll nach diesem Antrag von einer besonders zu bestimmenden Stelle festgesetzt werden. Änderungen in der Höhe der Einlagen, die seit dem 1. Januar 1923 eingetretene sind, sollten unberücksichtigt bleiben. Die Reichsregierung sollte ermächtigt werden, die für die Durchführung dieser Vor schläge näheren Bestimmungen zu treffen. Vor der Begründung des Antrags erhob sich Reichswirtschaftsminister Neuhaus, um die „schwerwiegenden Bedenken der Reichsregierung“ gegen ihn geltend zu machen. Der Antrag belaste im besonderen zahlreiche Provinzialbanken und bedrohe sie in ihrer Existenz, da die Goldmarkkapitalien dieser Banken im traffen Verhältnis zu den Einlagensummen stünden. Jede Aufwertung müsse aus der Vermögenssubstanz gedeckt werden. Unzählige Prozesse würden entstehen und die gesamte Kreditlage würde verschlechtert.

Raum hatte der Minister seine Ausführungen geschlossen, meldeten sich nacheinander die Herren Hergl (Dnat.), Scheller (Z.), Wunderlich (D. V.), um zu erklären, daß sie den Antrag nicht mehr aufrechterhalten. Herr Hergl war „geradezu erschüttert“ über die Mitteilungen des Ministers. Wenn bei den Banken „nichts da“ sei, so könnte man an dem Antrag natürlich nicht festhalten. Der Regierung machte Hergl den Vorwurf, daß sie nicht schon viel früher Klarung gegeben habe. Die Abgg. v. Richterhofen (Dem.), Dr. Best (Dsch.) und Reil (Soz.) ließen sich nicht bereitwillig wie Herr Hergl von der Regierung überzeugen. Sie behielten sich die Prüfung der Regierungseinwände vor, und Abg. Reil forderte Mitteilung des ganzen Materials der Regierung, nicht bloß einzelner Stichproben, an den Aussch. Einlagen mit minde-

stens halbjähriger Kündigungsfrist bei Banken, so erklärte unser Redner, dürften nicht von der Aufwertung ausgeschlossen werden.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag der Regierungsparteien gegen sämtliche Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Die Linke stimmte geschlossen für den Antrag. Abgelehnt wurde auch gegen die Stimmen der Linken ein Antrag Best, wonach die Aufwertung Maß greifen soll nicht nur, wenn die Bank die Einlage vereinbarungsgemäß wertbeständig anzulegen hatte, sondern auch dann, wenn die wertbeständige Auflegung ohne besondere Vereinbarung geschehen ist, oder wenn die Bank wegen der vom Gläubiger gewährten Rückzahlungsfristen dazu in der Lage war. Angenommen wurde ein Antrag Dernburg, wonach Einlagen aufzuwerten sind, wenn sie bei einem Geldinstitut gemacht wurden, das nur ein Teil eines auf andersartige Geschäfte gerichteten Hauptunternehmens ist. Ferner fand Annahme der vom Abg. Dr. Leber begründete sozialdemokratische Antrag, daß die Aufwertung von Einlagen des Arbeitnehmers bei seinem Arbeitgeber nicht davon abhängig gemacht wird, daß der Arbeitnehmer zu ihrer Leistung „von dem Arbeitgeber veranlaßt“ war. Außer Kauttionen, zu deren Leistung der Arbeitnehmer veranlaßt wird, können also auch andere Einlagen aufgewertet werden.

Zum § 13, der bestimmt, daß Vergleiche, die den Zweck hatten, den Streit oder die Ungewißheit über die Höhe des infolge der Geldentwertung zu zahlenden Betrages zu beseitigen, unberührt bleiben, wurde beschlossen, daß solche Vergleiche geändert werden können, wenn bei Rückwirkungsfällen die erhöhte Aufwertung bleiben jedoch Vergleiche, die zwischen Kaufleuten im Betriebe ihres Handelsgeschäfts geschlossen worden sind. Vergleiche dieser Art bleiben unangetastet.

Eine vom preussischen Finanzministerium verteidigte Sondervorlage des Reichsrats, die den Ländern das Recht zu sprechen wollte, in gewissen Fällen Sondervorschriften über die Aufwertung zu treffen, wurde nach lebhafter Auseinandersetzung zwischen dem preussischen Vertreter und der Reichsregierung abgelehnt.

Angenommen wurde eine neueingefügte Bestimmung, die den Verwalter fremden Vermögens (Vormund ufm.), der im Vertrauen auf Befehlgebung und Rechtsprechung bei der Verfügung über das Vermögen mit der Aufwertung nicht gerechnet hat, gegen Schadenersatzforderungen schützt.

Veranlaßt durch eine vom Abg. Dr. Duessel (Soz.) gestellte Anfrage, wor Reichsbankpräsident Dr. Schacht im Aussch. erschienen, um Auskunft darüber zu geben, wie die Reichsbank ihre Aufwertungsansprüche wahren wolle gegenüber den großen Kreditnehmern, die in den Inflationsjahren umfangreiche Papiermarktkredite von der Reichsbank in Anspruch genommen haben. Dr. Schacht erklärte, daß die Reichsbank aus technischen und wirtschaftlichen Gründen solche Ansprüche nicht erheben werde.

Die Gelder der Wohnstättengesellschaft. Bei der gestrigen Verhandlung im Trianonfilm- und Wohnstättendrosch wurden die Geschäftsführer des Trianonfilm-Unternehmens vernommen. Die Vernehmung behandelte die Geschäftsführung der Gesellschaft und das neue Anwerben der Schulden. Heute werden die Verhandlungen fortgesetzt.

Ein tschechisches Kusteierverbot. Dem Obmann des Deutschen Lehrerbundes in der Tschechoslowakei wurde die Teilnahme an der Tagung des Deutschen Lehrervereins in Hamburg verboten mit der Begründung, daß die Tagung für das tschechische Schulwesen „wegen der veränderten Verhältnisse keine Bedeutung“ habe.

Deutsch-Unterricht in Nordamerika. In Atlanta (Georgia) hat die Unterrichtsbehörde angeordnet, daß die deutsche Sprache wieder als Wahlfach an den öffentlichen Schulen eingeführt wird. Der Unterricht in der deutschen Sprache war im Weltkrieg abgebrochen worden.

Der Schwarzweißrote See.

Von Julius Zerfah, München.

Der Starnberger See ist Bayerns geheiligtes Wasser. In ihm hat ein königlicher Geist geendet, der den Ruhm der Wittelsbacher nicht durch Schlachten, sondern durch Schloßerbauten vermehren wollte. An den Gestaden des Würmlees, wo ihn die Unmachtung des Wasser trieb, steht eine romanische Brunnenkapelle als ein Denkmal. Ueber ihm ragt empor der Bismarturm; sein Stil ist hart und kantig, als solle er den Sieg des veralteten Realismus über den romantischen Symbolisieren.

Der Starnberger See ist, wie jeder Bayernpilger wohl weiß, die größte Sehenswürdigkeit nach den Münchener Pinakotheken, dem Hofbräuhaus, den Propyläen, der Bavaria. Nach München gehen und den Starnberger See nicht gesehen haben, wäre soviel wie Berlin besuchen und den Wannsee oder Potsdam vergessen.

Ich liebe diesen See und darum begleitete ich jüngst einen Freund aus dem Norden an seine liebliche Landschaft, die nicht nur friedlich, sondern auch imponierend ist. Das Imponierende ist aber nicht das Wert der Natur, das Imponierende dieses herrlichen Fremdenverkehrsgebietes ist der private Naturpark, den Geschichte, zupackende Fremde aus dem Sennet gemacht haben. Rings um das Ufer reißt sich Billa an Billa mit Badehütten und Bootsdauern, die der habelsterner, besitzlose Wanderer in entsprechender Ferne bewundern kann. Das Ufer selbst ist ihm nicht erreichbar; es ist Privateigentum und dient der Erfrischung der Billenbesitzer, deren Motorboote, Rähne und Segelboote am Strande vor Anker liegen, das Wasser durchschneiden oder auf den leisen Wellen sanft sich wiegen.

Soll ein See mit weißgeblähten Segeln und Gondeln, in denen venetianisch gestimmte Ruderer und Segler sich verlustieren, ist ein entzückend belebtes Bild. Wie angenehm fühlt die Flut den schlanken Körper, nimmt den Schweiß von der Wange des Tennisplatzes, wie geruhlos läßt sich im Sande über Bayreuth, Spengler, wie temperamentvoll über das wälsche Problem plaudern. Und am Mast oder Bug der Schiffe demonstriert ein schwarzweißrotes Wimpelchen fast für die Hindenburg-Republik.

Ja, das ist das Zeichen, in dem der Starnberger See steht. Schiff an Schiff und das Illusionen-Tänzen. Der Starnberger See ist das Paradies der Besitzenden, der Reichen, der Privilegierten und Herrenmenschen, und diese können doch kein Interesse an der Republik weimarischen Geistes haben! Sie verteidigen ihre Bollwerke gegen die sozialen Gefühlsduser, die den demokratischen Staat zu einem Trostloos machen wollen und die als dessen Symbol die Farben Schwarz-Rot-Gold aus der alten deutschen Freiheitsbewegung gemahnt haben.

Jedes Ding trägt seine Logik in sich. Wir Republikaner können stolz sein, daß die Verfechter der Kaiserzeit, die völlen- und fa-

brikenbesitzenden Herren unsere Farben hassen und die ihren zur Schau tragen. Sie sollen nur ihre schwarzweißroten Herrenwimpel hinaushängen und ihre Abhänge gegen unsere republikanische Staatsgesinnung so deutlich demonstrieren, wie am schwarzweißroten See in Bayern. Die Zeit wird kommen, daß es ihnen nicht mehr erlaubt ist, dem erholungsuchenden schaffenden Menschen die Schönheit der Natur wegzunehmen und ihn zu zwingen, weite Linwege zu machen, um nur auch ein Fleckchen vom Ufer zum Ausruhen und zum Genießen der Schönheit ringsum zu erschöpfen.

Tanzplatz im Walde.

Dunkel steht der hohe Wald. Windbewegtes, zitterndes Laub zerzaust den weichen Samt des blauen Himmels. Manchmal ein Stern. Weit vorn, dem Hange zu, glänzen Lichter auf. Eine Geige singt. Eine Flöte schreit. Es raunt ein Bäch.

Mitten im Walde ein Tanzplatz. Mitten im Grünen. Die Matten wirbelt das Jungvolk dem Lichte zu. Dreht sich im Kreise. Wie toll. Heiß klingen Gläser. Freude winkt. Noch ist die blühende goldene Zeit.

Heiß aus dem Tale steigt die Stadt herauf mit tausend grünen Lichtern. Heiß glänzt der Mond. Und vom Himmel herab senkt eine Handvoll Sterne sich. Fällt durch die Kronen der schwankenden Bäume in offene Herzen hinein. Jubel verklingt. Sehnen wächst. Dunkle Plade öffnen den Paaren sich, die zart aneinandergeschmiegt, den Schwarm der andern verlassen. Dünner wird der Schimmer lockenden Lichtes. Sanfter der Ton der klagenden Geige. Racker der Ruf der neckischen F. Die Dampfer der mahnende Bäch.

Da erglänzt hell vor den Schreitenden wieder die Stadt. In märchenhaftem Glanz schimmert die Feste. Frei wirft der Himmel sich über die Erde mit dem Glanz seiner brennenden Sterne.

Licht, überall Licht. Zumeist in den Herzen der Jugend, die in der Fülle des Lichts und der eigenen Blut langsam verbrennen.

Erich Grisar.

Die Suche nach der geheimnisvollen Insel am Nordpol. Der englische Kapitän Donald MacMillan, der jetzt zu seiner Flugexpedition nach dem Nordpol aufgebrochen ist, will nicht nur den Pol überfliegen und Amundsen aufspüren, sondern er ist auch auf der Suche nach einer geheimnisvollen Insel, von der verschiedene Polarforscher der letzten Zeit berichtet haben, ohne daß bisher ihr Vorhandensein einwandfrei erwiesen wäre. Die Insel, deren Ausdehnung auf mehr als 1 Million Quadratkilometer geschätzt wird, soll sich irgendwo in der Nachbarschaft des Pols, entweder westlich oder nordwestlich von dem Axel-Heiberg-Land befinden. Bisher ist dieses gewaltige Gebiet mit Pflanzen bedeckt und von Tieren bevölkert, vielleicht ist es auch eine Eiswüste, auf der nur ein paar Polarbären hausen. Der erste, der seine riesigen Berggipfel und Hochplateaus gesehen haben wollte, war Peary im Jahre 1906, und er taufte die Insel „Crocker-Land“. MacMillan glaubte ebenfalls die Insel zu erblicken, als er den Spuren Pearys folgte, aber als er näher heran kam, verschwanden die phantastischen Gebirgsformen

im Nichts, und die Insel am Nordpol wurde für eine Fabel erklärt.

1914 war MacMillan wieder im Polargebiet, und wieder sah er und seine Mannschaft die seltsamen Bergspitzen am Horizont. Nach einem und den Beobachtungen von Peary glaubte er das Land etwa 200 Kilometer von Kap Columbia an der Küste von Grant-Land lokalisiert zu können. Er drang nun in dieser Gegend vor und kam zu einem Punkt, der von dem vermuteten Punkt etwa 50 Kilometer entfernt war, aber er fand nichts als Eiswüste. Da seine Begleiter vollkommen erschöpft waren und auch die Hunde nicht mehr weiter konnten, so mußte er umkehren. Aber noch einmal steuerte er mit seinem Schiff, der „Santa Maria“, zu dem Punkt, wo Peary die geheimnisvolle Insel gesichtet hatte, und wieder stiegen die Gipfel und Hochplateaus vor ihm auf, doch ein Sturm erhob sich, das Schiff wurde abgetrieben, und wieder war sein Suchen vergebens. Er stellte aber verschiedene Anzeichen fest, besonders Veränderungen in den Gezeiten, aus denen er auf das Vorhandensein eines riesigen Landgebietes schließen zu können glaubte. MacMillan hofft jetzt bestimmt, das Geheimnis der Insel am Nordpol zu lösen. Er führt zwei Wasserflugzeuge mit sich, von denen jedes 10 Stunden ununterbrochen fliegen kann und mit Vorrichtungen für die Verwendung auf dem Eis ausgestattet ist. Eine Basis für diese Flugzeuge wird auf dem Axel-Heiberg-Land errichtet, die in beständiger drahtloser Verbindung mit den Flugzeugen und der 300 Kilometer südlich angelegten Schiffsbasis stehen wird. So dürfte jetzt endlich festgestellt werden, ob es sich bei dieser Insel nur um ein Hirngespinnst oder um ein tatsächliches Landgebiet handelt.

Eine australische Südpolar-Flugexpedition. Der australische Kapitän Wilkins, der nach einer 13 Monate durchgeführten naturwissenschaftlichen Erforschung Nordaustralians nach Süden zurückgekehrt ist, bereitet nun einen Südpolarflug vor, um die Küstenlinie von König-Edward-VII-Land südlich von Neuseeland bis nach Grahamland südlich von Kap Horn zu erforschen. Bis aus Sidney berichtet wird, will er bei diesem Fluge eine genaue kartographische Aufnahme dieses Gebietes vornehmen. Diese Arbeit ist nur der Auftakt für eine weitere Expedition, durch die die Witterungsverhältnisse der Antarktis aufgeklärt werden sollen.

Die Einheitskurschrift in Oesterreich. Die österreichische Regierung dem Reichsministerium des Innern mittels, beabsichtigt das österreichische Bundesministerium für Unterricht, die deutsche Einheitskurschrift in den dortigen Schulunterricht einzuführen, sobald die notwendigen Uebergangseinrichtungen und Umstellungskurse beendet sein werden.

Der Schachmeister R. Teichmann ist am Sonntag nach längerem Weiden in Berlin gestorben. Teichmann wurde am 24. Dezember 1868 in Rehnitz in Sachsen-Altenburg geboren und lebte in Berlin. Im Jahre 1892 schickte er nach England über und wohnte während des Weltkrieges in der Schweiz. Er nahm an allen großen Turnieren teil, zuletzt am Berliner Großmeister-Turnier im Dezember.

Hans Pöppner hat Heinrich Marschner romantische Oper „Der Samtbr“ musikalisch und textlich für die deutsche Bühne neu eingerichtet.

Berliner Universitätsfeier zum Rheinland-Jubiläum. Die Berliner Universität veranstaltet am Sonnabend, den 20., einen Festakt in ihrer neuen Aula zur Erinnerung an die 1000jährige Zugehörigkeit des Rheinlandes zum Deutschen Reich.

Der deutschnationale Kronzeuge.

Herr Tannenzapf aus Czernowitz „enthüllt“.

Um den absterbenden Barmat-Schwindel nochmals zu beleben, ist man zu einem Verzweiflungsmittel geschritten: der Kronzeuge der deutschnationalen Presse, Herr Hermann Tannenzapf aus Czernowitz, mußte sich freiwillig als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuß des Landtages melden. Ein Ausschuß, der noch ein bißchen Gefühl für parlamentarische Würde besessen hätte — aber dieser Ausschuß hat in den letzten fünf Monaten Gelegenheit genug gehabt, dieses Gefühl zu verlieren —, hätte zunächst festgestellt, daß Herr Tannenzapf längere Zeit bei Barmat angestellt war, Abschriften von Privat- und Geschäftsbriefen sich besorgt hatte, um diese nachher in der Rechtspresse zu verwerthen. Aus Reinlichkeitsgründen hätte es der Ausschuß von vornherein ablehnen müssen, sich mit diesem Herrn, der nach allgemeinem Rechtsempfinden nicht nur groben Vertrauensbruch, sondern auch Diebstahl sich hat zuschulden kommen lassen, überhaupt abzugeben. Man hätte ihm anheimstellen können, seiner bedrängten Seele, wie bisher in der „Vorzeitung“ oder anderen antisemitischen Blättern Lust zu machen. Man zog es vor, den Herrn Tannenzapf aus Czernowitz „enthüllen“ zu lassen.

Was dabei herauskam, war ein in rasendem Tempo (die armen Stenographen konnten kaum folgen) vorgetragenes Gemisch von Belanglosigkeiten, Träuseln und offenkundigen Unwahrheiten. Entweder, wie sich fast jedesmal auf Befragen herausstellte, wußte er nichts aus Eigenem, sondern nur durch Hörensagen, oder mußte er auf Vorhalt drei oder vier Viertel dessen, was er zunächst positiv mit erhabenem Schwurfinger behauptet hatte, zurücknehmen. Dabei ist es nicht einmal anzunehmen, daß er bewußt log, denn er machte äußerlich den Eindruck eines hochgradigen Psychopathen mit ausgeprägter Tendenz zum Größenhahn. „Ich wirkte für 60 Millionen Menschen!“ wiederholte er zweimal. An einer anderen Stelle fühlte er sich nicht mehr als Zeuge, sondern als Sachverständiger und hielt ein langatmiges Referat über finanztechnische Fragen, das die deutschnationalen Berichter aus seinen Lippen wie Honig logen. Der Anblick des Ausschusses während dieser Vernehmung war überhaupt höchst eigenartig. Niemand nahm den Menschen ernst, aber die Rechtspartheiler, die ihn sonst nur mit Binzetten anfassien würden, schienen ob der Enthüllungen ihres Gewährsmannes hochbeglückt. Das Resultat dieses Intermezcos war eine Reihe von Beweisanzügen zwecks Feststellung der Glaubwürdigkeit dieses Zeugen. Nach den deutschnationalen Entwürfen müßten alle möglichen Angestellten der „Amerima“ in Amsterdam geladen werden. Damit könnte das Satirspiel des preussischen Barmat-Ausschusses um einige weitere Monate verlängert werden und das ist wohl der Zweck der Uebung. Hoffentlich wird man sich zunächst darauf beschränken, die Berliner Zeugen möglichst bald zu vernehmen und es dürfte sich dann wohl herausstellen, daß weitere Nachforschungen über Tannenzapfs Erzählungen überflüssig sind. Die Deutschnationalen werden mit diesem Kronzeugen ebenso wenig Glück haben, wie mit den Kronzeugen Gobert und Sprig des Wagburger Prozesses.

Im Preussischen Landtagsuntersuchungsausschuß für die Seehandlungssachen wurde nach Befragung verschiedener Zeugen der sich freiwillig meldende Kaufmann Tannenzapf, ein früherer Angestellter Barmats, vernommen. Der Zeuge gab eine Schilderung der Verhältnisse des Barmat-Konzerns, besonders der Amerima. Er war beauftragt, die Verhältnisse in Amsterdam zu prüfen und stellte fest, daß dort alles drunter und drüber ging. Ende 1924 seien bei der Amerima in Amsterdam überhaupt keine Vermögensverhältnisse mehr vorhanden gewesen. Als der Zeuge zur Organisation der Allgemeinen Handelsbank, einem Unternehmen Barmats, schreiten sollte, fand er ein in einem Bretterverschlag eingesperrtes kleines Zimmer, daran anschließend befand sich der Raum der Amerima und das Bureau Barmats. Es sei nicht einmal ein Tisch vorhanden gewesen. Lediglich habe Barmat einige Hüter besessen, die nach erfolgtem Kursturz und darauf folgenden Verlusten nur noch einen Wert von etwa 200 000 bis 300 000 Gulden repräsentierten. Der Zeuge habe aus einer von einem Angestellten Barmats, namens Krebs, aufgestellten Bilanz ersehen, daß die Barmats über ein Vermögen von mindestens 30 Millionen allein in Deutschland verfügten. Daraus habe er auf den „nicht vorhandenen“ Reichtum der Barmats geschlossen. — Weiter befand der Zeuge, daß von der Amerima ein Inkassokonto geführt wurde, welches u. a. die von Barmat veranfaßten Hoteltempfänge, darunter solche von Wels, Dr. Gradbauer, Scheidemann usw. bestritt. — Zur Sprache kommt ferner, daß von der Seehandlung mit Julius Barmat aus dessen Wunsch im Sommer 1924 ein Briefwechsel gepflogen wurde, welcher bezweckte, die Allgemeine Handelsbank zur Korrespondentin der Seehandlung zu machen.

Geheimrat Ruge von der Staatsbank verliest den Briefwechsel. Tatsächlich sei aber mit der Allgemeinen Handelsbank in Holland nicht gearbeitet worden.

Zeuge Tannenzapf erklärt weiter u. a., von der Seehandlung sei eine Minderheit von Aktien der Donauländischen Werke mit 8 Millionen besessen worden.

Abg. Kuttner (Soz.) fragt dazu Finanzrat Dr. Rüge von der Staatsbank, ob diese von dem Zeugen aufgestellte Behauptung zutrafte.

Dr. Rüge ist davon nichts bekannt.

Abg. Kuttner erklärt dann, daß durch die Aussage Tannenzapfs sofort neue Momente in die Barmat-Angelegenheit gebracht wurden, daß er sich die Stellung einer Reihe von Beweisanzügen vorbehalten müsse. Er stellt den Antrag auf Abung der Direktoren Schäffer und Lichtenstein von der Rekturbank, sowie auf nochmalige Vernehmung des Zeugen Baron v. Reibnitz darüber, was dieser davon wisse, wie sich die Ausschiffung des Herrn Kottin aus dem Auswärtigen Amt vollzogen habe. Außerdem wünscht der Fragesteller von der Seehandlung und der Girozentrale Auskunft darüber, ob die bezüglich der Donauländischen Werke genannte Summe von 8 Millionen Goldmark, lediglich zur Deckung einer kleinen Aktienmindertheit verwendet, tatsächlich von einer dieser Stellen gegeben wurde. Abg. Kuttner stellt ferner fest, daß entgegen der Aussage des Zeugen Tannenzapf Zeuge Rühl vor dem Ausschuß eine gute Schilderung der Barmatschen Geschäftsräume gegeben hat.

Der Ausschuß vertagt sodann seine Verhandlungen auf die nächste Woche.

Sozialdemokratischer Vormarsch.

Gemeindevahltag bei Leipzig.

Leipzig, 16. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In Stahmeln bei Leipzig fanden am 14. Juni die Wahlen zum Gemeindevorstand statt. Für die SPD. wurden 244 Stimmen abgegeben, für die KPD. 97 und für die bürgerliche Mischliste 119 Stimmen. Die Sozialdemokratie erhält 5 Vertreter, die KPD. 2 und die bürgerlichen ebenfalls 2. Sowohl die Kommunisten als auch die bürgerlichen Parteien haben je einen Sitz an die Sozialdemokratie eingebüßt, sodas nunmehr eine Mehrheit der SPD. zu verzeichnen ist.

Tschiffenroth. In Untermais, Südtirol, wurde das Trogmann-Denkmal von unbekanntem Täter zerstört. Trogmann war einer der Freiheitskämpfer von 1809.

Eine Niederlage Schieles.

Der 18. Januar als Nationalfeiertag mit 193 gegen 138 Stimmen abgelehnt.

Der Reichstag beschloß gestern ohne Debatte die Rückverweisung des Gesetzesentwurfes über Depot- und Depositionsgeschäfte an den volkswirtschaftlichen Ausschuß.

In der folgenden Fortsetzung der Spezialdebatte des Haushalts des Innern bemängelt Abg. Runkel (D. Sp.) Einzelheiten des Reichsschulgesetzes.

Abg. Dr. Moses (Soz.):

Ich habe schon gestern im Reichshaushaltsausschuß die Regierung und das Innenministerium über die sogenannte Tirpitz-Affäre interpelliert. Ich muß diese Sache heute noch einmal zur Sprache bringen, weil die Art, wie sie von der Regierung behandelt wird, geradezu zur Groteske wird. Schon bei der Beratung des Marine-Etats fragten wir an, ob über das Abhandkommen von Altona aus dem Marinearchiv etwas bekannt sei. Der Reichswahrminister Gehler erwiderte, ihm sei nichts bekannt, im übrigen solle man sich an das Innenministerium wenden, dem die Archive unterstehen. Nun fragen wir beim Etat des Innenministeriums, ob ihm über das Abhandkommen der Altona etwas bekannt sei. Sofort erhebt sich der Minister mit verbindlichem Lächeln, die Minister lächeln ja befalls immer (Heiterkeit) und jagt, durch Kabinettsbeschluss sei die Angelegenheit dem Justizminister überwiesen worden. Bei der Beratung des Reichshaushalts des Reichsjustizministeriums werden wir nun zum dritten Male ganz bescheiden anfragen. Wie hältst du es mit den Altona?

Im Ernst gesprochen: Was ist das für eine Art, eine Affäre zu erledigen, die in der ganzen Öffentlichkeit so großes Aufsehen erregt hat! Weshalb ist der Kabinettsbeschluss gefasst worden, galt es der Person oder Sache? Wäre er auch gefasst worden, wenn es sich um Schulze, Behmann (Juris rechts) oder Jagen wir einmal um Fehenschlag gehandelt hätte? In solchem Falle wäre sofort eine Untersuchung wegen Unterdrückung staatlicher Dokumente, die später veröffentlicht werden sollten.

Aber wäre es nicht viel einfacher, wenn Herr Tirpitz die Tribüne des Hauses bestiegen würde?

Sie ist ihm ja nicht unbekannt, denn er hat ja hier große Vorbeeren geerntet. Nun hat der Präsident des Reichsarchivs die Versicherung gegeben, daß Herr v. Tirpitz mit dem Reichsarchiv nie in Berührung gekommen sei, er habe weder Akten genommen noch Abschriften gefertigt. An der Richtigkeit dieser Versicherung zweifelt niemand. Aber das Reichsarchiv besteht doch erst seit ganz kurzer Zeit. Liegt es nicht in seinem Interesse, nachzusehen, ob irgendwo staatliche Akten vorhanden sind, die abhandeln gekommen waren und zu welchem Zweck das geschehen ist? Es ist doch auch die Aufgabe des Reichsarchivs nachzusehen, ob widerrechtlich Abschriften genommen worden sind, auch aus der Zeit, ehe die Archive des Reichs vereinigt waren. Wenn sich Urkunden des Reichs in fremden Händen befinden, so muß das Reichsarchiv sie beschlagnahmen lassen und sie wieder dem Reich zuführen. Meine Fraktion ist nicht gewillt, diese Angelegenheit bis ins Unendliche verschleppen zu lassen. Wir werden alles daransetzen, um Klarheit zu schaffen, wir werden es auch beim Etat des Reichsjustizministeriums wieder zur Sprache bringen. Heute aber sehen wir mit Spannung dem Moment entgegen, wo der Reichstagspräsident verhandelt wird: Der Abgeordnete von Tirpitz hat das Wort.

Präsident Löbe: Zunächst hat das Wort der Abg. Hörnle. (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. Hörnle (Komm.) begründet einen Antrag seiner Partei, die Entlassungen von Lehrern aus politischen Gründen rückgängig zu machen und die entlassenen Lehrer zu entschädigen.

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Frau Dr. Mah (D. Sp.) verweist

Reichsinnenminister Schiele

in Beantwortung der Anfrage des Abg. Dr. Moses über die Angelegenheit Tirpitz auf seine Erklärungen im Ausschuß. Das Kabinett habe sich eingehend mit der Angelegenheit beschäftigt. Die Interpellationen können jeden Tag im Plenum und zwar bei der einzigen zuständigen Stelle, beim Justizministerium, beantwortet werden. Der Minister geht dann auf die Wünsche und Anregungen der Parteien zu den Kulturfragen ein. Ich richte an Sie die Bitte, in der Jugend die Achtung vor dem Gesetz und vor der Autorität des Staates, kurz, das Staatsbewußtsein zu pflegen. Es ist zu begrüßen, daß der Ausschuß die Mittel für Turn- und Sportzwecke erhöht hat. Die Unterstützung der führenden Organisationen und der großen sportlichen Wettkämpfe soll zukünftig in verstärktem Maße erfolgen. Besonders schwierig sind die Verhältnisse in der Frage der Lehrerbildung. Es ist wirklich nicht leicht, diese Frage einheitlich zu regeln, nachdem ein Teil der Länder mit der Regelung schon vorangegangen ist. Aufgabe des Ministeriums muß es jetzt sein, unter Verwertung der in den Ländern bereits gemachten Erfahrungen auf eine Einheitlichkeit im Reiche hinzuwirken, auf der Grundlage, wie sie die Reichsverfassung vorseht. Die Freiheit in der Erziehung ist durch Artikel 146 Absatz 2 der Reichsverfassung gewährleistet. In Ausführung dieses Artikels wird Ihnen ein Gesetzentwurf zugehen, der als Referentenentwurf fertiggestellt ist. Das Kabinett wird in den nächsten Tagen sich in erster Lesung damit beschäftigen. Der Entwurf wird, der Verfassungsvorschrift entsprechend, dem Willen der Erziehungsberechtigten die von der Verfassung zugelegte Belohnung, Bestatigung und Bekennnisserie (weltliche) Schule sicherstellen. Mit den verstärkten Haushaltsmitteln wird es möglich sein, die schwere wirtschaftliche Notlage, in der sich heute viele Kreise unseres akademischen Nachwuchses befinden, wesentlich zu mildern. Nicht unerwähnt bleiben sollen die Förderung der von der Notgemeinschaft verfolgten Zwecke sowie die Etatsmittel für den Erweiterungsbau des Germanischen Museums und der Reichsbibliothek für die Deutsche Bücherlei.

Alles, was wir tun zur Förderung des Staatsbewußtseins und des Staatsglaubens, alles, was wir auf kulturellem Gebiete erkennen, wäre nichts, wenn wir es nicht dem großen Zentrum der vaterländischen Ziele zuführen. Häufig ist davon gesprochen worden, daß man der Massenidee, der nihilistischen Idee entgegenzutreten habe und daß der Gedanke der Staatsidee und der Persönlichkeitsidee dem gegenüber zu treten habe. Ich glaube, daß man Unrecht tut, wenn man die Massenverbände in Korporationen, Gewerkschaften und wirtschaftlichen Organisationen als etwas ansprechen wollte, das man als Massenidee zu bekämpfen habe. Wenn man davon spricht, daß die Korporationen, die sich namentlich seit dem Kriegsbeginn hervorgehoben haben, dem Staate feindlich gegenüberstehen, so hat der Staat seine Schuldigkeit zu tun und zu beweisen, daß diese Korporationen ihn nicht überwältigen in ihren Bestrebungen auf dem Gebiete des Völkertums und der Entwicklung. Ich bin der Letzte, der sich den Gewerkschaften, dem großen Gedanken der Selbstverwaltung und der wirtschaftlichen Organisation entgegenstellen würde, aber ich möchte aussprechen, daß das Berantwortungsgefühl des einen Staatsbürgers auf der einen Seite auch seinen Niederschlag in den Fragen der Organisationen findet.

Abg. Dr. Schreiber (Str.) setzt sich besonders für die deutsche Wissenschaft ein.

Abg. Dr. Heuß (Dem.) wünscht, daß die Frage der Lehrerbildung rasch zur Entscheidung gebracht werde, ehe die Länder im einzelnen ihre besonderen Wege in dieser Angelegenheit gingen.

Abg. Frau Lang-Beumann (Bayer. Sp.) erklärt,

in der Frage eines Nationalfeiertages könne man sich auf einen Termin nicht festlegen. Die Bauernschaft habe keinesfalls die Absicht, in der Ernte, im August, einen Feiertag zu begehen.

In der Verfassung sei auch nicht die Rede von einer Berechtigung des Reiches, Feiertage einzuführen. Im Etat seien eine Reihe von Summen eingelegt, für Aufgaben, die in die Kompetenz der Länder fallen. Es müsse dafür gesorgt werden, daß die Kompetenzlinie Reich-Länder nicht vermischt werde. (Beifall rechts.)

Abg. Künstler (Soz.) verlangt, einem Bismarckfilm, der das Verhältnis zu Oesterreich zu untergraben geeignet sei, die Genehmigung zu verweigern.

Ohne Debatte überweist das Haus an den Rechtsausschuß eine Gesetzesvorlage über die Erweiterung der Befugnisse des Reichspräsidenten und einen Antrag der Sozialdemokraten auf Verlegung des Ausführungsgesetzes zu Art. 1 der Reichsverfassung.

Der Ausschuh Antrag auf Einführung des 18. Januar als Nationalfeiertag wird im Himmelsprung mit 193 gegen 138 Stimmen abgelehnt. Gegen den Antrag stimmten Kommunisten, Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum und Bayerische Volkspartei. Als die Saalfären geöffnet werden, erscheint als erster auf der Seite der Jäger der Reichsminister Schiele.

Abg. Dittmann (Soz.) macht unter dem Varm der Rechten darauf aufmerksam, daß der deutschnationale Geschäftsführer Dr. Philipp die Geschäfte des Hauses behindert habe, indem er das Abstimmungsresultat zunächst angezweifelt habe, und behält sich vor, die Angelegenheit im nächsten Rat vorzubringen.

Präsident Löbe schließt sich diesem Vorschlag an.

Weitere Anträge auf Festsetzung eines Nationalfeiertags und auf Schutz der Feiertage werden dem Rechtsausschuß überwiesen. Angenommen wird ein interfraktioneller Antrag, im Etat einen neuen Titel einzuführen, der für kulturelle, insbesondere kirchliche Zwecke eine Million Mark einlegt.

Das Haus bewilligt den Rest des Etats des Innern in zweiter Lesung, mit Ausnahme der Kapitel Reichsstaatsminister für die öffentliche Ordnung, Polizei und Technische Nothilfe. Ueber diese letzteren Kapitel eröffnet

Abg. Schmidt-Röpenick (Soz.)

die Debatte. Der Titel „Technische Nothilfe“ werde von der Sozialdemokratie abgelehnt. Der Charakter der Technischen Nothilfe werde schon dadurch gekennzeichnet, daß sie sich mit dem „Stahlhelm“ verbinde, in ihren Versammlungen werde auch nichts anderes als nationalpolitische Politik gemacht. Sämtliche Gewerkschaften haben sich am 5. April in einer Eingabe an die Regierung gewandt, worin sie die Abschaffung der Technischen Nothilfe verlangten. Von früheren Regierungen ist gesagt worden, daß die Technische Nothilfe keine dauernde Einrichtung sein solle. Es besteht kein Grund dafür, sie noch bestehen zu lassen. Aber Sie (gegen rechts) wollen die Technische Nothilfe erhalten, um die notwendigen Lohnkämpfe der Arbeiter mit ihrer Hilfe zu unterbinden. Der Staat ist nicht dazu da, um die Arbeiter in ihrem Existenzkampf zu hindern. Im Ausschuß hat der Reichsinnenminister heute erklärt, es sei nicht möglich, die Ausgaben für die Technische Nothilfe herabzusetzen. Zur Begründung greift man immer wieder nach Ausreden, um diese Einrichtung zu erhalten. Die Richtlinien für die Technische Nothilfe werden im Lande nicht innegehalten. Hier sind andere Faktoren für sie maßgebend. Auf Antrag der Arbeitergebetverbände wird die Technische Nothilfe sofort eingelegt. Der Redner verweist auf ein Beispiel in Ostpreußen, wo bei einem Kampfe der Landarbeiter um eine geringe Erhöhung ihrer niedrigen Löhne die Kühe der Landarbeiter auf die Straße getrieben wurden (Hört, hört!), man verweigerte ihnen die Weiden, es wurden sogar Brunnen gesperrt, an denen die Frauen der Landarbeiter Wasser holen wollten. Wo blieb hier die Technische Nothilfe? Die Gewerkschaften stehen auf dem Standpunkt, daß die Technische Nothilfe überflüssig ist. Nach der Befragung der Arbeiterbewegung können die Gewerkschaften selbst dafür sorgen, daß die lebensnotwendigen Arbeiten der Lohnkämpfer geleistet werden. Alle Arbeiterorganisationen haben sich dazu bereit erklärt. Dieser Titel muß daher gestrichen werden. Wenn Sparmaßnahme geübt werden soll, dann ist sie hier zu allererst am Platze. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nach 7 Uhr abends vertagt sich das Haus auf Mittwoch 2½ Uhr. (Hinausschiebung der Vermögenssteuer-Vorauszahlung; sozialdemokratische Interpellation über das Konkordat.)

Die Amnestievorlage.

Ein vollkommen unzulänglicher Entwurf.

Die im Laufe der vorigen Woche fertiggestellte Amnestievorlage liegt gegenwärtig dem Reichskabinett zur Beratung vor. Die besonderen Verhandlungen mit den Parteien sind abgeschlossen. Infolge Differenzen zwischen Reich und Ländern konnte der Amnestieerlaß bei dem Amtsantritt Hindenburgs nicht in Kraft treten. Auch jetzt ist mit großen Differenzen sowohl im Reichsrat wie vor allem im Reichstag zu rechnen; denn die Amnestievorlage ist absolut unbefriedigend. Es handelt sich nur um eine Reichsamnestie, d. h. um Amnestierung von Verbrechen oder Vergehen, die von einem Gericht des Reichs (Staatsgerichtshof, Reichsgericht) verhandelt wurden. Es werden ferner nur Strafen bis zu einem Jahr amnestiert; Zuchthausstrafen sind von der Amnestie ausgeschlossen. Das Datum für die Befristung der Amnestie — sie reicht nur bis zum 1. Oktober 1923 — ist völlig willkürlich gewählt. Diese Grenze berührt um so merkwürdiger, als doch gerade in die Zeit nach dem 1. Oktober die schlimmsten Tage der Inflationszeit und damit eine ganze Reihe von Inflationsvergehen fallen. Die praktische Wirkung der Vorlage wird darin bestehen, daß die Kappisten, die rechtsradikalen Hebelstäter und die Angehörigen der Organisation Consul begnadigt werden; von den Kommunisten wird nur ein kleiner Teil etwas von der Amnestie haben. In Bayern bleibt natürlich wie immer alles beim alten.

Völkisches!

Die drei völkischen Gruppen des Reichstages haben sich, nachdem sie sich längere Zeit geschlagen hatten, neuerdings wieder vertagen. Ueber das Einigungsprogramm war bisher nichts bekannt geworden. Jetzt wird klar erkennbar, daß bei der Verhöhnung der Ludendorff, Graefe und Straßer der Antisemitismus geopfert wurde, der also selbst den Völkischen zu dumm geworden ist. Zum Haushalt des Reichsministeriums des Innern hatten die großen bürgerlichen Parteien den Antrag gestellt, den christlichen Kirchen und den Squagogen für kulturelle Zwecke 1 Million 200 000 Mark zu bewilligen. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen mit den Stimmen der Deutschnationalen, des Zentrums, der Volkspartei, der Demokraten, der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftspartei und — der Völkischen! Heult Heult! Sie haben Wotan verleugnet und sind zu Jehova in verdächtige Beziehungen getreten! Die Halentreuzler sind zur Juden-schutztruppe geworden! Die Geister der jüdischen Vorfahren vieler völkischen Führer sind verhöhnt, aber der alte Rabbi Aliba ist verbüßt, denn daß eines Tages Graefe, Henning, Ludendorff und Genossen sich um die weitere Verjudung Deutschlands verdient machen würden, hat er nicht vorhergesehen.

Gewerkschaftsbewegung

Der Kampf im Holzgewerbe.

Die Leitung des Arbeitgeberverbandes der deutschen Holzindustrie muß verzweifelte Anstrengungen machen, um die für den 13. Juni großsprecherisch angekündigte „Generalausperrung von 100 000 Holzarbeitern“ auch nur einigermaßen in Fluß zu bringen. Aus den Auseinandersetzungen im Arbeitgeberlager geht immer deutlicher hervor, daß die große Mehrzahl der Unternehmer von dem Ausperrungsbeschlusse vollständig überrascht und über die Ursachen des Kampfes ganz falsch informiert worden ist. Nur unter dem allerhöchsten Druck mit dem Mittel der Konventionalstrafe und Boykottklärung gelingt es der Zentrale, wenigstens einen Teil der Unternehmer zur Ausperrung zu zwingen. Daneben versucht sie mit einer vertögten Darstellung über den Verlauf der Verhandlungen die Unternehmer stark zu machen. Wir haben den genauen Sachverhalt wiederholt dargestellt und halten es deshalb für überflüssig, auf diese verlogene Darstellung noch weiter einzugehen.

Das Verlogene an der Darstellung der Arbeitgeberleitung ist der Versuch, eine formulerte Erklärung der Arbeitnehmer zu konstruieren, die weder der Form, noch der Sache nach abgegeben worden ist. Diese fingierte Erklärung ist das Schreckmittel, mit dem die Arbeitgeber im ganzen Reich scharf gemacht werden. Nicht „ultimatio“ sind die Arbeitnehmerforderungen „zur restlosen Anerkennung“ vorgelegt, sondern als Verhandlungsgrundlage bezeichnet worden. Um die Verhandlungen zu erleichtern, haben die Arbeitnehmer auf die Möglichkeit hingewiesen, bei einem Lohnabschluß von längerer Dauer die Lohnhöhe zu staffeln. Die Arbeitgeber lehnten aber jede weitere Verhandlung ab, da sie offensichtlich die Ausperrung von vorn herein wollten.

Düsseldorf, 16. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Unternehmer haben hier gestern die Ausperrung der Holzarbeiter beschlossen, die morgen erfolgen soll. Dieser Beschluß ist umso merkwürdiger, als bei den zentralen Verhandlungen in Berlin über Düsseldorf überhaupt nicht verhandelt wurde. Die Parteivertreter waren wohl gefaden und erkrankten, der Vertreter der Düsseldorf-Unternehmer hatte es aber vorgezogen, das schöne Wetter außerhalb des Verhandlungsraumes zu genießen, so daß er trotz längerem Suchens unaufrufbar blieb.

Die Tischlermeister rufen nach dem Reichsarbeitsminister.

Dresden, 16. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der am Sonntag hier tagende Verbandstag der sächsischen Tischlermeister nahm zu der Ausperrung der Holzarbeiter eine Entschliebung an, in der es heißt:

„Der Verbandstag sächsischer Tischlermeister ist der Meinung, daß die Verhandlungen möglichst nicht erschöpft sind und es Pflicht des Reichsschlichters ist, bei einem solchen Arbeitskampfe, wo 60 000 Unternehmer und etwa 150 000 Arbeitnehmer betroffen werden, den Versuch einer Einigung zu machen. Der geschäftsführende Vorstand wurde beauftragt, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um den Arbeitstempel so schnell wie irgend möglich zu beenden.“

Zur Lage der Bauarbeiter in Rußland.

Nach russischer Darstellung.

Aus Moskau erhalten wir von dem Sekretär des auswärtigen Verkehrs, B. Jarosch über das Leben und die Arbeit der Gewerkschaft der Bauarbeiter in U.S.S.R. folgenden Bericht:

Am 27. Mai d. J. begann die Limonkonferenz der Bauarbeiter der Union der S.S.R. Auf dieser Konferenz flarte es sich auf, daß die Zahl der Mitglieder des Bauarbeiterverbandes der Union der S.S.R. im letzten Jahre im Zusammenhang mit der Entwicklung des Bauwesens bedeutend gestiegen ist. Die Zahl der Verbandsmitglieder liegt im Vorjahre um 44 Proz. von 213 359 Personen auf 308 817. Trotzdem sind noch immer 10 Proz. der Arbeiter nicht organisiert, und zwar wegen des großen Zustromes von Arbeitern. Die Zahl der Verbandsorganisationen liegt auf den Arbeitsplätzen um 68,3 Proz. Arbeitslos sind gegenwärtig über 110 000 Verbandsmitglieder. Die überwiegende Mehrheit der Arbeitslosen sind Saisonarbeiter, die vom Lande in die Städte kommen, um Arbeit zu suchen.

Die individuelle Einhebung der Mitgliedsbeiträge erfolgt zu 97,9 Proz. Wegen der unpünktlichen Lohnauszahlung und der unvollkommenen Einhebung der Mitgliedsbeiträge gibt es ziemlich viel unpünktliche Zahler — 24,6 Proz.

Der Lohn der Bauarbeiter ist ziemlich verschieden, er schwankt für die 1. Lohnklasse von 6,55 Rubel bis 19,48 Rubel. Der Durchschnittslohn in der 1. Lohnklasse betrug im Februar 1925 13,91 Rubel. Im allgemeinen beträgt der Reallohn 75—80 Proz. des Vorkriegslohnes. Eine große Differenz zwischen dem Lohn und der

Produktivität der Arbeit, auf die Vorkriegszeit bezogen, besteht nicht.

Der Verband beteiligt sich aktiv an der Organisierung und Regelung des Baugewerbes.

Dazu ist zunächst zu bemerken, daß aus den Mitteilungen nicht mit voller Deutlichkeit hervorgeht, ob es sich um Wochen- oder Monatslöhne handelt. Bei der Niedrigkeit der angeführten Löhne (1 Rubel = 2 M. 16 Pf.) ist man versucht, anzunehmen, daß es sich um Wochenlöhne handelt, obwohl die Angaben vom Februar wie die Gewohnheit der Sowjetstatistik auf Monatslöhne schließen lassen. Jedenfalls gibt der Bericht selbst den Reallohn auf 75 bis 80 Proz. des Vorkriegslohnes an. Bedenkt man, daß vor dem Kriege in Rußland keine legale Möglichkeit zur Erklämpfung höherer Löhne bestand und demzufolge die Lebensbedingungen der Arbeiter so ziemlich die elendesten der ganzen Welt waren, so kann man daran erkennen, wie elend es den Arbeitern in Sowjetrußland heute noch geht, wo angeblich das Proletariat seine Diktatur ausübt.

Bemerkenswert ist weiter, daß die „Rote Fahne“ diese Mitteilungen nur verstümmelt wiedergibt, insbesondere kein Wort von der ungeheuren Arbeitslosigkeit veröffentlicht.

Große öffentliche Volksversammlung

heute, Mittwoch, den 17. Juni abends 7 1/2 Uhr, in Pantow, Lokal Cider, Breite Straße 34

Tagesordnung:

„Der deutschnationalen Aufwertungsbeitrag — Was verlangt die Sozialdemokratie?“ Referent: Reichstagsabgeordneter Wilhelm Keil-Stuttgart.

Sparer! Rentner! Hypotheken- und Obligationsgläubiger! Erscheint in Massen!

Zur Ratifizierung des Achtstundentages.

Neue Ministerkonferenz im Herbst.

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes Genosse Thomas hat vor wenigen Tagen eine längere Reise nach Südamerika angetreten. Infolgedessen kann die vom englischen Arbeitsminister gelegentlich seiner Zusammenkunft mit dem deutschen Reichsarbeitsminister in Frankfurt a. M. angeregte neue Arbeitsministerkonferenz nach dem Muster der Berner Zusammenkunft erst im Herbst stattfinden. Die Leitung der sehr wahrscheinlich in London tagenden Konferenz wird in der Hand des englischen Arbeitsministers liegen.

Die englische Regierung will vor der Entscheidung über die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens klar sehen, ob sie mit der jetzigen Fassung des Abkommens auskommen kann oder nicht. Es sind vor allem zwei Punkte, die den Engländern Schwierigkeiten machen. Das Abkommen läßt im allgemeinen Rahmen des Achtstundentages nur eine Stunde Mehrarbeit zu; England glaubt nun seinen Arbeitsausfall am Sonnabend an den übrigen fünf Arbeitstagen nicht einholen zu können. Außerdem ist noch der Auffassung der Engländer die Heberstundenfrage in der englischen Eisenbahn nur schwer mit dem Abkommen in Einklang zu bringen.

Zum Streik im Dunggroßhandel.

Vor einer Gesamtausperrung im Großhandel?

Dem Deutschen Verkehrsband wird uns geschrieben: Der Arbeitgeberverband hatte zum Montag die Lohnkommission zur Verhandlung geladen. In einer Verhandlung über die Lohnregelung im Dunggroßhandel bequamen sich die Herren jedoch nicht, es wurde der Kommission mitgeteilt, daß auf Grund eines Antrages dieser Fachgruppe die Ausperrung des gesamten Großhandels beschlossen werden soll. In seiner zynischen Art erklärte dann der rühmlichst bekannte Syndikus Dr. Engel, daß er weder die Organisation noch die streikenden Arbeitnehmer benötige, da von einer anderen Stelle die Arbeit erledigt würde. Der Vorsitzende sollte helfen und auf Antrag des Arbeitgeberverbandes des Großhandels die Technische Rothilfe einlegen.

Dem Antrage kann und darf nicht entsprochen werden. Nach wiederholten Ausführungen desselben Herrn gelegentlich der Verhandlungen vor dem Schlichter kommt ein öffentliches Interesse oder die Gefährdung der Öffentlichkeit gar nicht in Frage; der Schlichter hat darum bisher sämtliche Anträge auf Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen abgelehnt. Sollten in irgendeinem Falle jedoch im Interesse der Gesundheit die Unterlegung einer Grube erforderlich sein, so können vier Betriebe, die die Forderungen als berechtigt anerkannt und bewilligt haben, diese Arbeit übernehmen. Der Deutsche Verkehrsband ist ferner bereit, erforderlichenfalls die Erledigung dieser Arbeit

zu organisieren und in eigener Regie auszuführen. Wenn die „Teno“ bisher noch nie Streikbruch verübt haben sollte, hier würde es dann der Fall sein.

Durch Inserat in der „Morgenpost“ werden nun 150 Streikbrecher gesucht, bisher aber auch ohne Erfolg. Die wütendsten Arbeitswilligen bedanken sich bei dem miserablen Lohn für diese unangenehme Arbeit und überlassen dies den einzelnen Inspektoren, Praktizisten und Arbeitgebern, die sich nicht genieren, unter Polizeiaufsicht zu fahren.

Rutscher und Transportarbeiter! Interessiert Euch alleamt um diese Bewegung; Rutscher und Mitfahrer eines mit Dung beladenen Wagens ohne untertempelten Zusweis der Organisation sind Streikbrecher. Dieser den Arbeitern ausgezwungene Kampf ist einzig und allein dem unverantwortlichen Verhalten der Arbeitgeber und ihrer Interessensvertretung zuzuschreiben. Nicht genug, daß sie die Vertretung der Arbeiter in der unerfahrensten Art behandeln, jedes Jugendverständnis ablehnen, sie belächeln noch die Frechheit, eine höhere als im Kartelltarif geregelte Arbeitsleistung zu verlangen.

Der Malerverband in Berlin 1924.

Dem Jahresbericht, den der Vorsitzende der Berliner Filiale des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Lüncher und Weißbinder, Genosse Schiemann, der Delegiertenversammlung erstattete, entnehmen wir:

Der Beschäftigungsgrad war im vergangenen Jahre äußerst gering. Der langsame Wiederaufstieg des deutschen Wirtschaftslebens bringt dem Berufe ein ausgiebiges Tätigkeitsfeld. Die seit Jahren notwendigen Renovierungsarbeiten an Häusern und Wohnungen legen langsam ein.

In der Metall- und Holzindustrie hat sich die Zahl der in Maler- und Lackierabteilungen Schaffenden verdoppelt. Infolge der niedrigen Entlohnung in der Metallindustrie lehnen jedoch die Facharbeiter die Arbeitsaufnahme bei den Industriegewaltigen ab. Diese Juden nun durch angelernte Arbeitskräfte den Facharbeitermangel zu beheben. Die Bezahlung dieser Hilfsarbeiter ist denkbar schlecht. Dem Organisationsgedanken sind diese Berufsangehörigen schwer zugänglich zu machen. Durch Erörtern von Fach-, Lohn- und Organisationsfragen kann das Interesse dieser Indifferenten erweckt und sie der Berufsorganisation zugeführt werden.

In 135 Werkstattversammlungen gaben Vertreter der Ortsverwaltung den Mitgliedern Kenntnis von Tarif- und anderen Verhandlungen. Durch diese ständige Information wurde ein inniger Kontakt zwischen Mitgliedschaft und Ortsverwaltung geschaffen. Hierbei wurde auch die fruchtbringendste Agitationsarbeit geleistet. Durch Auffklärung der Mitglieder in den verschiedensten Fragen wurden viele Mißverständnisse beseitigt und rege Mitarbeiter gewonnen. In über 80 Fällen mußte Rechtsvertretung beim Gemeindericht, Schlichtungsausschuß sowie bei Amtsgerichten gestellt werden. Einige Tausend Mark konnten auf diesem Wege für die Mitglieder eingeklagt werden.

Die Innungsmeister haben dem Innungsgerichtsrecht zu neuem Leben verholfen, in der Hoffnung, daß ihre Interessen dort besser gewahrt werden. Die Gewerkschaften haben bei dem neu zu schaffenden Arbeitsrecht die Beseitigung dieser Sondergerichte durchzuführen.

Der Reichstarifvertrag für das deutsche Malergewerbe, der im Februar 1924 abgelaufen war, wurde unverändert verlängert. Das Haupttarifamt für das Malergewerbe hatte sich auf Antrag der Organisation in acht Sitzungen mit der Lohnfrage zu beschäftigen. Es gelang, den Lohn von 64 Pf. im Januar 1924 bis zum Ende des Jahres auf 95 Pf. zu bringen.

An Streikbewegungen waren insgesamt 500 Mitglieder beteiligt.

Die mit den Arbeitgebern zwecks Arbeitsbeschaffung gebildete Kommission wurde überflüssig, weil genügend Arbeitsaufträge vorhanden waren.

Etwa 800 Kollegen haben den Weg zur Organisation wieder gefunden. Diese zu erhalten und neue Kämpfer der Organisation anzugliedern, muß erste Aufgabe der Verbandsmitglieder sein.

In der Diskussion wurde die Tätigkeit des Vorstandes durch einmütiges Vertrauensvotum für den Vorstand anerkannt.

Wichtige Jugendmessen! Die Lehrlingsversammlung, die der „Jugendrat“ territorial zum Dienstag, den 16. Juni, einberufen findet heute abend (Mittwoch) 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelsufer 24/25, Saal 3, statt. Tagesordnung: 1. Das Fortschreiten und die deutsche Arbeiterbewegung. Referent: Otto Heiler, Sekretär der Freien Arbeiter-Jugend. 2. Beteiligen sich die Jungkameraden an der vom Arbeiter-Kulturbund organisierten Sommerfeier, die vom 20. zum 21. Juni in dessen Hofener Bergen stattfindet?

Verantwortlich für Politik: Viktor Schöff; Wirtschaft: Wilhelm Salzenau; Gewerkschaftsbewegung: J. Heiser; Revolution: Dr. John Schilowski; Politik und Geschichte: Fritz Kerst; Anzeigen: H. Wied; Familien in Berlin: Verlag: Bornhorts-Berlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Bornhorts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 6, Lindenstraße 2. Hierzu 2 Beilagen, „Unterhaltung und Witz“ und „Jugend-Berichte“.

Mitlaufträge übergibt man nur dem Nachweis des Deutlich. Postfachverbandes, Berlin O 27, Lindenstraße 21 (Königshof 4310, 4048). Geschäftszeit 9 bis 5, Sonntags 10 bis 2 Uhr. Auf Wunsch Vertreterbesuch

Preiswerte Angebote

Mengenabgabe vorbehalten

Wachstoffe

Baumwollmusseline ca. 80 cm 95
Seidenbatist ca. 110 cm breit, Schweizer 135
Crêpe marocain moderne Druckmuster 165
Kleiderfrotté doppeltbreit, gute Qualität 195
Frisé doppeltbreit bedruckt, modernes neues Gewebe 290
Schweiz. Vollvoile ca. 110 cm br., aparte Fantasie-must., Mir. 375

Wollbatist für Herren u. Kleider Meter 295 490
Popeline reine Wolle, 100 cm breit 450 590
Cheviot reine Wolle, 130 cm breit 380 490

Kleiderstoffe

Gabardine reine Wolle, 120 cm breit 590 790
Rips reine Wolle, elegante Qualität, 130 cm breit 980 1250
Crêpe marocain reine Wolle, 100 cm br., Mir. 590 690

Flauschstoffe für Mäntel, reine Wolle, heller Fond, mit farbigen Streifen, 130 cm breit 490

Badeartikel

Frottierhandtücher gute Qualität 125 150
Laken aus gutem Frottier 950
Weiße Stoffe ca. 145 x 90 1250
Farbige Stoffe für Mäntel 490 590
doppeltbreit, neue Blumen und Streifen 850 950
Schwimmhose aus schwarzem Trikot, Gr. 1-10 85 105
Schwimmanzug aus schwarzem Trikot... Gr. 80-110 210 295
Badeschuhe in Leinen und Satin, leichte Form für Damen und Herren 290
Gummihauben geschmackvoll garniert 95 125 150

Seidenstoffe

Blusen-seide in reicher Farbauswahl 195
Japan ca. 90 cm breit, für Unterkleider, Meter 390
Kaschmir Kunstseide, schönes Betatunmuster 490
Trikot Kunstseide, schwere Qualität, ca. 140 cm breit 590
Crêpe marocain doppeltbreit, moderne Muster 690
Crêpe de Chine doppeltbreit, in vielen Farben 690

Damen-Bekleidung

Ottomanemantel 4950
Foulardkleid reine Seide, moderne Farben 4950
Streifenkleid neues Muster, guter waschbarer Stoff 1675
Covercoatmantel imprägniert 1575

Damen-Blusen

Hemdbluse a. gutem Zephir, in Tischchen, in schönen Streifen 375
Kasak aus gutem Satin, in schöner, bunter Ausmusterung 535
Jumper a. gutem Vollvoile, in farbig. Besatz, Faltenverzierung u. langen Ärmeln 690
Kasak a. gut. Kunstseid. Trikot, mit Kurbelstickerei u. Knöpfen reich ausgestattet 850
Unterrock aus guter, reiner Seide, aussergewöhnlich billig 975
Unterkleid aus gutem, kunstseid. Trikot, in grosser Farbauswahl 475

Weißwaren

Runder Kragen ansaufgerichtet, Valenciennes 145
Bindekragen aus doppeltem Volle 145
Mod. Weste Opal, mit Valenciennes-Einsatz u. 4 Knöpfen, runder Ausschnitt 190
Elegante Spitzenweste mit rundem Ausschnitt 375

HERMANN TITZ

Die Robinson-Insel.

Noch vor wenigen Sekunden erblickte man mehr oder weniger schmuckvolle moderne Villen, sah auf dem Wappsee und der Havel linke Sportsegler und Motorboote sich tummeln, stand noch soeben auf Deck des fast ein halbes Tausend Menschen fassenden Dampfers — da dreht sich plötzlich der Zeiger der Zeit um ein reichliches Jahrhundert zurück, so, als sei das noch nie gelebt worden, als läge das Jahr 1925 noch in ferner, ferner Zukunft: man ist auf der Fraueninsel. Die Bergangeheit atmet hier leicht und feile wie ein altes Jungferlein, das nicht mehr viel Wesens von seiner Existenz macht und froh ist, wenn pietätlose Kindeslinder ihm seine Ruhe lassen; denn an den Gewohnheiten ihrer Zeit mühte es zugrunde gehen. Und es lebt doch so gern! Wie lange noch? Immer wieder tauchen Pläne auf, auf der Insel ein Wirtshaus zu errichten. Von den Vereinen und Verbänden, die sich den märkischen Naturschutz angelegen sein lassen, wird dagegen gekämpft, hoffentlich auch weiterhin mit Erfolg. Die, denen es gleich ist, ob sie der Vergangenheit lebend oder als Mumie begegnen, kommen an so vielen Orten auf ihre Kosten; hier sollen sie sie uns nicht mit Biergläsern und Kaffeekannen erschlagen.

Noch wächst auf diesen Wegen und Rasenflächen kein Butterbrotpapier, noch leben hier keine Menschen, die jedes Fleckchen Erde, jeden Acker, alles, was sie überhaupt umgibt, nur mit dem Rohstab „Geld“ messen. Die etwa fünfzig Personen, die auf dieser Insel wohnen, sind so wundervoll unmodern, fast möchte man sagen: stilsüchtig. Landarbeiter, freundlich und schweigsam, wundern sich, weshalb die Besucher sich nicht damit begnügen, den Pferdebestall, der als gotische Kirchruine erbaut ist, von außen zu betrachten, sondern auch in ihn hineinschauen müssen, obgleich er da wirklich nur das ist, was seinem Zweck entspricht. Und ruhig und freundlich sind auch die Kinder dieses feststammigen Eilandes; am freundlichsten aber ist der Obergärtner. Er liebt seine Insel mit ihren Pflanzen, die aus aller Welt hierher gebracht wurden, mit ihren fast tausendjährigen Eichen, mit den Bäumen, die zum Teil so zahm sind, daß sie auf jeden Anruf näherkommen, und von denen er überzeugt ist, daß sie seine Worte verstehen. Er kann von allen diesen Dingen sprechen, gar nicht redegewandt, aber so lebendig, aus so warmem Herzen, daß man von seiner Führung mehr Bissen gewinnt, als von einer Reihe kluger Vorträge. Auch ein Palmenhaus gab es früher hier, Tiere aus fernen Ländern, die bei der Begründung des Zoo in diesen übergeführt wurden; seine Beseitigung stellt alles das greifbar vor uns. Ein Springbrunnen plätschert den Besuchern zu Ehren wurde er in Tätigkeit gesetzt; er wird elektrisch betrieben. Elektrisch? Wie unwirklich die Gegenwart jetzt ist. Nur leise äußerlich streifte sie uns eben mit diesem Wort; dann versinkt sie wieder in den Ruinenbauten einer empfindlichen Zeit.

Der Dampfer zieht seine dunklen Furchen durch das Wasser; meißer Gischt sprüht auf, vom Wind zu seinem Regen zerstäubt. Stadtrat Albrecht-Potsdam hält seinen Vortrag über die Havelchwäne, die, in der Nachkriegszeit fast ausgerottet, nun wieder von Naturfreunden systematisch herangezogen werden, zu Ende, den er auf der Insel begonnen hatte. Vor ihm sprach Amtsgeschäftsdirektor Haedel-Potsdam über die Geschichte der Fraueninsel. — Die Veranstalter des Zweiten Märkischen Naturschutztages haben sicher allen Teilnehmern mit der Führung durch die Fraueninsel eine große Freude bereitet.

Die Hauptstadt des Zweiten Märkischen Naturschutztages fand am Sonnabendabend im Potsdamer Stadttheater statt; Geheimrat Wetekamp, der Träger der ganzen Naturschutzbewegung, eröffnete sie. Er erinnerte daran, daß Berlin vom Ausland als die Großstadt bezeichnet wird, die die schönste Umgebung aufzuweisen hat; wir müssen uns bemühen, diese zu erhalten und bei den maßgebenden Stellen das nötige Verständnis dafür zu wecken, um ihre Unterstützung dabei zu gewinnen. — Es folgten dann eine Reihe Begrüßungsansprachen und darauf der Festvortrag von Prof. Dr. Schneider von der Geologischen Landesanstalt über die „Märkischen Landschaften in ihrer erdgeschichtlichen Bedingtheit“. Die einstige Vereisung Norddeutschlands hat auch der Mark Brandenburg ihren Stempel aufgedrückt. Der Wanderer, der heut die Mark mit offenen Augen durchzieht, findet daher eine abwechselungsreiche Landschaft, neben weiten Sandgebieten fetten Moränenschutt, auf dem sich wundervolle Baumwälder erheben, Birnenlehen und Stauseen. Auch in der

geologischen Gegenwart ist die Natur noch am Werke; in den breiten diluvialen Urstromläufern entstehen fruchtbare Flußauen. — Anschließend an seinen Vortrag zeigte Professor Schneider noch eine Reihe eindrucksvoller Lichtbilder.

Die Referate, die nun gehalten wurden, konnten aus Zeitmangel leider nur sehr kurz sein, trotzdem man die teils sehr interessanten Themen gern ausführlicher behandelt gesehen hätte. Studienrat Dr. Stachowicz-Friedrichshagen sprach über „Die neuen Lehrpläne der höheren Schulen vom Standpunkt des Naturschutzes“. Er bedauerte den Mangel an naturkundlichen Fächern in den Schulen, besonders den Oberrealschulen. Man stimme gern seinem Wunsch bei nach einem biologischen Unterricht bis möglichst in die Oberstufen der Schule. Bedenklicher erscheint die Forderung, in realen Anstalten Biologie als Prüfungsfach beim Abiturium neben Chemie und Physik zu stellen, da dabei die Gefahr besteht, daß weniger ein vertieftes naturkundliches Wissen als eine schematische Aneignung von Examenstoff erzielt wird. — Ueber die „Vernichtung der Niederlaufziger Natur und Kultur durch die Industrie“ berichtete Studienrat Ruf-Senftenberg. Die Verwüstung dieses Gebietes durch die Industrie gab Anlaß zu folgender Entschliegung, die einstimmig angenommen wurde: „Der Zweite Märkische Naturschutztag erwartet zuversichtlich, daß die zuständigen Amtsstellen die Braunkohlenbergwerke anzuhalten vermögen, bei dem Braunkohleabbau — sei es selbst unter eigenen Opfern — darauf bedacht zu sein, daß eine künftige land- und forstwirtschaftliche Nutzung der Gegend nach dem Kohlenabbau wieder möglich wird“. — Dr. Klöse-Berlin sprach dann mit begeistertem Worten über die Naturschönheiten des Salmer Luchs, dem, nachdem das Kremmener Luch fast vernichtet wurde, nun auch der Unterjagd droht. Er forderte die Anwesenden auf, alle Kräfte daran zu setzen, damit dieses letzte Luchgebirg in der Umgebung Berlins erhalten bleibe. Tatkraftig haben hier schon der Volksbund Naturschutz und der Bund für Vogelschutz eingegriffen durch Ankauf eines größeren Gebietes. — Architekt Siechl-Caputh erinnerte dann daran, daß die Gefahr der Bebauung des Krähensberges bei Caputh noch immer nicht behoben ist. Kommt die Bebauung zustande, so ist der Berg, der jetzt einen der schönsten Rundblicke bietet, landschaftlich wertlos. In einer Entschliegung des Naturschutztages wurde daher einstimmig dagegen protestiert. — Die Sitzung wurde dann geschlossen, nachdem als nächster Tagungsort des Naturschutztages Eberswalde festgelegt worden war.

Ein Rückblick.

Einige Worte zur letzten Berliner Wassernot.

Das katastrophale Vergehen der Wasserlieferung in den von den privaten Charlottenburger Wasserwerken zu versorgenden Gebieteilen Berlins, vor allem Wilmersdorf, Schöneberg und Neukölln herbeigeführt hat, weckt die Erinnerung an einen Justizskandal, der sich vor 20 Jahren abgespielt und es erst ermöglicht hat, daß die Wasserversorgung in privaten Händen blieb.

Die Stadt Charlottenburg hatte seinerzeit nur unter der Bedingung mit privater Wasserversorgung sich einverstanden erklärt, daß nach einer bestimmten Reihe von Jahren das gesamte Werk von ihr erworben werden könnte. Vorkauf sowohl wie Stau des Vertrages ließen gar keinen Zweifel darüber, daß es sich um die gesamten von der Gesellschaft betriebenen Werke handelte, daß die Gesellschaft aushörte zu bestehen, sobald die Stadt die Werke übernahm. Als dieser Zeitpunkt aber vor nunmehr 20 Jahren herannahte, erklärte die Gesellschaft, wenn der Vertrag auch von den gesamten Werken der Gesellschaft spreche, so könne dies doch nur bedeuten, daß nicht ihre gesamten Werke gemeint seien, sondern nur der Teil, welcher das Charlottenburger Stadtgebiet versorge. Der Vertrag war so klar, daß — ein überaus seltener Fall — sämtliche Juristen des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung — darunter befanden sich solche von bedeutendem Ruf — einzig darin waren, daß an dem guten Recht der Stadt auf Erwerb der Werke gar kein Zweifel bestehen könne. Aber die Gesellschaft strengte trotzdem die Klage auf Feststellung an, daß die Stadt nur ein Recht auf Erwerb des Teiles der Werke habe, der das Stadtgebiet Charlottenburg versorge und sie bekam beim Landgericht und beim Kammergericht Recht. Daß eine Kommune die Wasserversorgung auch in einem Gebiete übernehme, das nicht ihr eigenes sei, schien den Berliner Richtern ein so ungeheuerliches Verlangen, daß man ihm auch entgegen dem klaren Sinn und Wortlaut eines Vertrages nicht willfahren dürfe. Daß Groß-Berlin schon damals ein einheitliches Wirtschaftsgebiet war, war eine Ermüdung, die den Berliner Richtern überhaupt nicht kam. Die Stadt trieb den Prozeß nicht bis zum Reichsgericht, sondern schloß einen Vergleich mit der Gesellschaft, monach diese im Besitz der Werke blieb, die auch heute noch einen großen Teil Berlins mit Wasser versorgen. Mit welchem Erfolg, ist bekannt. Während die Werke, die Charlottenburg beliefern, beständig weiter ausgebaut wurden, so

daß trotz der starken Zunahme der Bevölkerung auch bei anhaltender Hitze und Trockenheit sich niemals ein Wassermangel bemerkbar machte, wurde in der Gesellschaft der notwendige Ausbau für diejenigen Teile vermieden, die Gemeinden beliefern, von denen, wie z. B. Schöneberg, anzunehmen war, daß sie in absehbarer Zeit zu eigener Wasserversorgung übergehen würden. So hat denn die Gesellschaft im abgelaufenen Jahre bei einer Gesamteinnahme von 6,5 Millionen Mark mehr als den dritten Teil, etwas über 2,2 Millionen, als reinen Gewinn an ihre Aktionäre und Aufsichtsratsmitglieder verteilt, anstatt wenigstens eine Million davon auf die notwendige Erweiterung der Anlagen zu verwenden. Der Profit geht eben über alles.

Die Berliner haben hier einmal einen sehr deutlichen Anschauungsunterricht über den Unterschied privater und kommunaler Wirtschaft erhalten. Aber die an der Privatwirtschaft und übermäßigem Profit interessierten Kreise fingen noch wie vor das Lied von der Unwirtschaftlichkeit kommunaler Betriebe, in denen von den leitenden Personen nur Anstellung und Vergütung gesucht werde, in der Regel als Belohnung für treue Parteilichkeit, während wirklich hervorragende Leute mit Arbeitsfreudigkeit und Verantwortungsgefühl nur in der Privatwirtschaft zu finden seien. Ob viele Angehörige des arbeitenden und wertigen Volkes ihnen auf den Bein gehen werden? Die Lehren der Berliner Wassernot werden von dem schaffenden Volke hoffentlich nicht vergessen werden.

Wenn man fremdes Geld verborgt.

Vor die Richter des Amtsgerichts Berlin-Mitte tritt ein junges Mädchen, sauber, nicht auffallend gekleidet. Schüchtern bekümmert erklärt sie die Begebenheiten, die sie hierher geführt haben. Sie war Arbeiterin in einem Siemens-Betrieb und verdiente dort wöchentlich zehn Mark. Ein einigermaßen auskömmliches Leben gestattete ihr dieser Verdienst nicht, weshalb sie sich nach einem anderen Erwerb umah. Eine Bekannte, die bei einer „Dienstherrenschaft“ gekündigt worden war, verwies sie an diese Stelle, die sie auch bekam. Hier mußte sie den Haushalt in Ordnung halten, für sich und die beiden Kinder kochen und bekam dafür 20 M. Wirtshausgeld und 10 M. Lohn pro Woche. Die beiden Eheleute waren meist abwesend, da sie als Händler die Märkte bereisten. Während sie auf einige Tage mit den beiden Kindern bei ihrem Schwager in Firschenwalde weilte, ließ sie diesem von dem ihr schon für zwei Wochen anvertrauten Wirtshausgeld einige Mark. Er konnte ihr aber das Geld nicht rechtzeitig wiedergeben, wie das leider vielen Geldborgern geht, so daß sie nun kein Geld mehr zum Wirtshaus hatte. Um sich zu helfen, verleihte sie einen Anzug ihres Arbeitgebers für 12 M.; sie wollte ihn wieder einlösen, sobald sie das Geld von ihrem Schwager bekam. Das Unglück wollte es aber, daß die Handelsteile unermutet nach Hause zurückkehrten und den Verlust des Anzugs bemerkten. Das Mädchen wurde daraufhin sofort entlassen und ihre Sachen zurückgehalten. Dann wurde nach das Fehlen einiger Wäschestücke, Grammophonplatten und Bücher festgestellt und kurzerhand Anzeige erstattet. In der Beweisaufnahme des Gerichts blieb nun von den Anschuldigungen nicht mehr viel übrig. Die Grammophonplatten hatte die Angeklagte einmal bei einer Bekannten Frau spielen und dort liegen gelassen. Die Bücher, „Courths-Mahler-Grüngeißel“, hatte sie deren Leichter geliehen, konnte sie aber wegen ihrer plötzlichen Entlassung nicht mehr wiederholen. Beides wurde aber nach dem Bekanntwerden ihrer Entlassung von den Leuten wieder zurückgeschickt. Der Diebstahlverdacht wegen der Wäschestücke mußte ebenfalls fallen. Außerdem aber sollte sie aus einer auf dem gemeinsamen flur liegenden Wohnung einen Verlobungsring gestohlen haben, der dem Sohn des Nachbarn gehörte. Die Beschuldigte behauptete gegen diese Anschuldigung mit aller Bestimmtheit etwas anderes. Der angeblich Bestohlene habe sie immer mit Liebesanfragen verfolgt, die sie aber abwies. In den Tagen, da sie kein Wirtshausgeld hatte, habe sie ihn dennoch um Geld gebeten. Da er kein Geld hatte, habe er ihr den Ring zum Verzieren gegeben mit der Bedingung, sie solle dann seinem Drängen nachgeben. Da sie ihm damals aber verweigerte, wolle er ihr das vergelten. Trotz der Glaubwürdigkeit ihrer Behauptung verurteilte sie das Gericht zu vier Wochen Gefängnis unter Anstaltsstellung einer Bewährungsfrist, gegen die der Staatsanwalt aber Bedenken erhob. Diese Stellungnahme mutet etwas sonderbar an, wenn man bedenkt, daß die Angeklagte nach nicht vorbestraft ist und im nächsten Monat heiraten will, wie sie unter Tränen dem Vorsitzenden mitteilte. Die Gerichtsverhandlung und eine bedingte Strafaussetzung würden wohl genügen, die Angeklagte davon abzufragen, ein zweites Mal so unüberlegt zu handeln.

Sprech-Chor für proletarische Feiertunden. 7. Juni, abends 7^{1/2} Uhr, im Gefängnis der Sophien-Schule, Schumannstr. 16—17: Uebungsstunde. Wegen der Probe zum Sommerfest: müssen alle Beteiligten bestimmt und pünktlich erscheinen.

Schnock.

Ein Roman von See und Sümpfen. Von Seebd Fleuron.

Ein Ungeheuer von einem Krebs, der mit dem zunehmenden Alter so steif im Rücken geworden ist, daß er kaum noch einen ordentlichen Schlag mit dem Schwanz zu vollführen vermag, hat sich aus Furcht vor Schnock eine sichere Zufluchtsstätte im Loch eingerichtet. Lange hat er geduldig mit den Fühlhörnern den Kampf verfolgt und gehofft, daß ein Bissen auch für seinen verhungerten Wanst abfallen würde — nun schleicht er, dankbar gegen die Vorsehung, seine schwere Zange um den warmblütigen Fischräuber.

Eine nagende Unruhe beschleicht den Otter! Er hat einmal mit der äußersten Spitze seiner Klaue in einer Otterfalle gefressen, die Falle war schwer und zog ihn mit sich unter Wasser — er rettete sich gerade noch im letzten Augenblick. Bei dem Griff am Beine beginnen seine Lungen warmend sich zu melden, der Hals schnürt, und die Augen scheinen zerspringen zu wollen ... hinauf, hinauf ... mit oder ohne Beute!

Längst schon hat er Schnock fahren lassen und befreit sich nun mit einem so plötzlichen Ruck aus dem Loch, daß der alte Schlammbruder nachfolgt. Aber die Wasserangst, von der sich keine Seele, die mit Lungen atmet, ganz freimachen kann, hat den Raubfischer völlig übermannt. In größter Eile windet er sich durch das Wurzelwerk und beginnt zu steigen. Und als er sich dem Wasserspiegel nähert und merkt, wie die segnenden Anzeichen des Lichtes den Schlanmung um sein Auge treffen, verstärkt er noch das Tempo seiner Flucht ... bis er mit einem gierigen Schnüffeln die Oberfläche erreicht.

Schnock ist ihm auf den Fersen, und als der Otter landet, ertönt ein lautes Plätschern im Wasser. Die braune Seele wäre draufgegangen, wäre nicht der alte Rückwärts bei seiner Reise von der Oberfläche, wo er endlich den Griff gelöst hatte, abwärts wie eine Kugel geradewegs in Schnocks Hals gedrückt. Nun muß sie sich damit begnügen, ihrem Gegner einen kalten, teilnahmslosen Fischblick nachzujenden und Kneif die Fahrt in den Schmirbel hinab fortsetzen zu lassen.

Die Wunde, die der alte Kampfschicht erhalten hat, war nicht lebensgefährlich.

Allerdings waren zwei tiefe Spalten zurückgeblieben von einem Paar grober, stumpfzahniger Kiefer, die auf der einen Seite seines Rückens tief ins Fleisch gedrungen waren, aber sie heilten, wie so viele andere auch, die er in früheren Zeiten davongetragen hatte. Er war nur lange noch empfindlich im Rücken, und das Springen wurde ihm schwer.

Aber ein zweites Mal ging der freche, vierfüßige Fischdieb nicht in Schnocks Wasserloch auf Jagd. Der Otter hatte ein sicheres Gefühl, daß er es nur dem Zufall zu verdanken habe, wenn er von seiner großen, gefährlichen Konkurrentin nicht zermalmt worden war.

Der Redakteur.

Der See hatte sich verändert, seit der Holzdreher starb ... es lagen nicht mehr der Friede und die Poesie aus allen Tagen über ihm! Die großen Schwimmvögel, die sich stark vermehrt hatten, peitschten täglich ruhelos umher und schlangen die Fische mit Hilfe immer besserer Geräte in sich hinein.

Als einer der neuesten trat ein Motorboot von zehn PS auf, mit dem Redakteur bemant: einem kleinen, sehnigen Mann, mager und schwächling und mit einem Uebermaß an Energie. Die Unruhe und das Tempo einer neuen Zeit brannten ihm im Blute — und ob er schrieb oder seine Erholung im Sport suchte, jedweden Tun gab er sich mit gleicher Kraft und Leidenschaft hin.

Der alte Drechsler hatte dem Idyll des Fischens gehuldigt; er legte sich irgendwo vor Anker, zündete sich das Pfeifchen an und haite auf sein Angelzeug wohl acht. Der Redakteur, von genau dem entgegengesetzten Temperament, mußte unaufhörlich umherlaufen, einziehen und auswerfen.

Er hatte sich eine Sommerwohnung draußen am See gemietet und zwischen den Johannisbeersträuchern im Garten hatte er sein kleines Stubenaquarium aufstellen lassen. Es beherbergte einige Krebse, Barsche und einen jungen Hecht.

Jeden Vormittag grub er nach Würmern für die Aquariumfische und fütterte sie sorgfältig.

Nährten weder der Hecht noch die Barsche die Würmer an, nahm auch der Krebs sie nicht, wenn sie zu Boden sanken, so opferte er sich mit Gemütsruhe den ganzen Tag lang

seinem Blatte. Beschah aber das Entgegengesetzte, dann wurde der Vektartikel kurz — und der Chef wurde als fortgerissen oder in wichtiger Verammlung befindlich gemeldet.

Eines Tages, wie er im Bureau sitzt und seine Zeitung durchredigiert, künstet das Telephon. Seine Frau hängt am Hörer und erzählt, der Aquariumshecht treffe wie besessen!

Es durchbebt den Redakteur. Längst schon hat seine Zeitung die Neuigkeit von Schnock gebracht. Die Fahrt dort hinaus ist wohl vorbereitet, die Geräte sind klar zur Abfahrt — nur auf das Zeichen des Aquariumshechts hat er gewartet!

Einige Stunden später befindet sich der kleine, sichstolle Redakteur nach einer angestrengten Radfahrt durch die brennende Sonne des stidig heißen Julitages zwischen dufendem Iris und mildem Rosmarin. Gemeinsam mit einem orientundigen Torigräber, der sich aus Furcht vor dem Ungeheuer mit einer Jagdflinte bewaffnet hat, schlägt er einen der Pfade ein.

Der Wind streicht durch den dänischen Dschungel und reißt die Myriaden von Blatstreifen gegeneinander; es klingt in den Ohren des Redakteurs, als faite er andauernd eine mächtige Zeitung zusammen. Die steifen, blaugrünen Schiffsengel mit den schwarzen Knospen lehnen sich unarmend rings an ihn, und ein starker, herbwürziger Krausminzdult, untermischt mit dem lauren, rahmsüßen Brodem des Moorgrundes, lächelt ihm um die Nase.

Einen Augenblick bleibt er im Rohrdickicht stehen und holt tief Atem, während er bezaubert auf die ohrenbetäubende Musik der Natur lauscht. Die Lerchen jubeln über seinem Haupte, die Wildenten lästern mit Schloren und Platiern, und jetzt jagt eine Bekassine ätschend vorbei und gleit! in einem langen, konkaven Bogen herab.

Ein Sonnenstreif spielt zur selben Zeit im Dschungel und läßt Kaszaden von weichen, wiegenden Lichtflecken über ihn herabrieseln. Er schwippt und leucht und wischt sich die Stirn ... er schnaubt die Nase auf Armenchenart ... er ist wieder zu dem Wesen geworden, das Gott der Herr Mensch nannte, als er es auf die Erde setzte!

In einer Dichtung des Rohrdickichts, wo ein alter, farrenbewachsener Erdwall ins Wasser vorpringt, macht er den Lauchstod klar. (Fortsetzung folgt.)

Theater
Lichtspiele
ntw.

Staats-Theater
Opernhaus
7 1/2 Uhr: Der Hieg.
Holländer.
Opernhaus
am Königsplatz
7 1/2 Uhr: Zar und
Zimmermann
Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: D. Journalisten
Schiller-Theater
7 1/2 Uhr: Torquato Tasso
Volksbühne
7 1/2 Uhr: Plesko.

Lessing-Theater
Tägl. 8 Uhr:
**Die Göttin
auf der Balz**
Lustspiel von
Hans Bachwitz

Kleines Th.
Täglich 8 Uhr:
Angele
Komödie v. Hartleben
Der Arzt seiner
Ehre
Grotteske v. Monzré

**Qualitätswaren
zu Reklame-Preisen**

Ständig großes Lager
für stärkste Figuren!

Feine Straßenkostüme . . . 17.-	Entwickelte Tuchmäntel . . . 23.-
Molir- und Kipsmäntel . . . 36.-	Seiden- u. Ötomanmäntel . . . 42.-
Burberry- und Hipskostüme . . . 34.-	Reizende Sommerkleider . . . 16.50

Billige Pelz- u. Plüschangebote!

Eleganter Pelzmantel . . . 178.-	Fesche Pelzjacke . . . 99.-
in Plüschmantel . . . 78.-	Tussah-Plüschmäntel . . . 54.-
Krimmermäntel . . . 47.-	Astrachanmäntel . . . 31.-

Extra-Abteilung: Trauermagazin

Westmann

1. Geschäft: Berlin, Mohrenstr. 37a / 2. Geschäft: Berlin NO., Gr. Frankfurter Str. 115

Sandalen

Rindleder-Sandalen
braun, glatt, flexible beizame Doppel-
sohle, randgenäht, in reine Lederaus-
führung. Gr. 43-46 5.90, 36-42 7.90,
31-35 8.90, 27-30 5.90, 25-26 4.90,
23-24 4.50, 21-22 5.90 Gr. 20

Rindleder-Sandalen
Lederbrandsohle, in Lederboden, genäht oder genagelt,
Gr. 43-46 6.90, 36-42 5.90, 31-35 4.90,
27-30 4.50, 23-26

Leiser

Komische Oper
8 U. Dir.: James Klein 8 U.
Berlins erfolgreichste Revue:
Das hat die Welt
noch nicht geseh'n
Sommerpreise!

Wie suchen den
schönsten
Bubikopf
Das große
Preisausschreiben
des
ULAD
Letzter Termin: 26. Juni
Bedingungen an der Kasse

100 Preise
Sie müssen unbedingt teilnehmen!
Heute **GALATAG**
Promenadenkonzert
von 4-9 Eintritt 20 Pf.
ab 9 Uhr 50

Berliner Praier
Kastanien-Allee 7-9
Täglich:
Gr. Varieté-Vorstellung.
Anfang 4 1/2 Uhr Eintritt 50 Pf.

Metropol-Theater
8 1/2 Größter Erfolg 8 1/2
**Tausend
süße Beindchen**
Massenchor schöner Frauen
2, 3, 4, 5, 6 M. etc.

Reichshallen-Theater
8 Uhr:
Stettiner Sänger
„Das Deutsche Meer“
Lied- und Lieber von Ferdinand Werner
Dönhoff-Brett's!
Saal und Garten
Der berühmte Kompositoren-Direktor
Karl Braun

Bestellen Sie sofort!

Goeben erschienen!

5. Jahrgang  Ausgabe 1925

Branchen-Fernsprechbuch
für Groß-Berlin
und die Provinz Brandenburg
einschließlich Grenzmarkgebiete

BTB

das alleinige, nach amtlichen Unterlagen unter Mitwirkung
der Deutschen Reichspost bearbeitete Branchen-Fernsprechbuch

Inhaltsverzeichnis:

1. Abschnitt: Industrie, Handel, Landwirtschaft, Gewerbe, Geld-, Bank- und Börsenwesen, Versicherungs-, freie Berufe, Sachverständige, Handels- und Industrievertreter, Winterlager.
2. Abschnitt: Verkehrs- und Transportgewerbe, Eisenbahn, Seebahntransporte aller Art, Lagerung, Schiffahrt.
3. Abschnitt: Gaststätten, Hotels, Restaurants; Musik, Theater, Lichtspiele, Darbietungen aller Art.
4. Abschnitt: Gesundheitswesen, Ärzte, Zahnärzte, Fachärzte (systematisch gegliedert); Tierärzte.
5. Abschnitt: Unterrichtswesen.
6. Abschnitt: Reichs-, Landes-, Provinzial-, Kommunalbehörden, öffentl.-rechtl. Körperschaften.
7. Abschnitt: Verbände und Vereine (systematisch nach Fachgruppen gegliederte Übersicht).

Umfang ca. 1200 (XXXI, 16, 1156) Seiten. Erschöpfendes Sachregister mit etwa 7000 Sachbegriffen und Branchenübersicht mit ca. 300 000 Adressen.

Preis (in Halbleinern): Bei Abholung 15.-; bei Zusendung I. Zone 16.- RT., II. Zone 16.50 RT. (einschl. Porto und Verpackung).

Herausgeber und Verleger
Deutsche Reichs-Postreklame **BTB**
G. m. b. H. **Branchen-Telefon-Adressbuch**
G. m. b. H.
Berlin W 66 Berlin W 8
(Reichspostministerium)

Geschäftsstelle:
Berlin W 8, Taubenstraße 44-45
Fernsprecher: Reichs 5710-5713 — Postfachkonto: Berlin 13554

Sie können das BTB 1925 nicht entbehren!

Gegründet 1891
Steyndecken u. Daunendecken
Sucht man am besten und preiswertesten, mit besten Hasenfedern, breit ab 9 u. breit, wo auch alle Decken aufbereitet werden.
Herrhard Strohmangel Filialen: Goldemarck, 64
Berlin S 14, 78 Waller, 78 Seebellstr., u. W. Rudolfburger
(Untergrundbahn Zwickstraße), Platz 8, 64e Krausenaustr.
Große Auswahl in Metall erstellten u. Aufgabematten aus r. Ritzburger Pl. 2
Stilvollster Preisversteigerer.

**Theater im
Admiralpalast**
Tägl. 8 1/2 Uhr:
**Chocolate
Kiddies**
Amerikas größte
farbige Künstler
Sonntag nachm.
8 1/2 Uhr: 4 ganze
Vorstellung zu halb.
Preisen

Rose-Theater
Geschlossen.
Gartenbühne:
7 1/2 Uhr: **Rund um
die Berolina**

Deutsch. Künstlerbühne.
Tägl. 8 Uhr
Monsieur Trulala
Musik von Hugo Wirth

**Operettenhaus
an Schlosspark**
Heute 8 Uhr
Der klein. Kuppler
(in dem wir waren)

Wallner-Theat.
Tägl. 8 Uhr
Meiseken

WINTERGARTEN
Der glanz. Juni-Spielplan (sonntags)

Central-Theater
Hilfe, ein Kind ist
v. Himmel gefallen!

Theater a. Kath. Tor
Tägl. 8 Uhr:
**Elle-
sänger**
Konkurs-
Juni-
Programm

**Trabrennen
Ruhleben**
Mittwoch, 17. Juni, nachm. 3 Uhr
Deutscher Metallarbeiter-Verband
Gewerkschaftsstelle Berlin.

Th. d. Westens
Steinpl. 931 8 U.
USCHI
Jean Gilbert
v. Ubi Ubi, fr. Ideal
Gardie Berlin

Th. I. Komm.-Str.
Dank 5000 1000 1/2
D. ständige Lieder
durch den Rundfunk

**Zoologisch.
Garten**
Aquarium
Atten-Sonderschan
Tierkunstaustellung.
Tägl. ab 4 Uhr:
Gr. Konzert!

Branchenversammlung
aller Eisen- und Revolverdreher,
Rundschleifer sowie Dreherinnen.
Tagesordnung: 1. Vortrag: Die
Schichte des Tarifwesens. 2. Die
Stellung der Branche zum Tarifvertrag.
3. Branchenangelegenheiten. 4. Verschied.
Ohne Mitgliedschaft kein Zutritt.
Das Erscheinen aller Kollegen ist un-
bedingt notwendig.

Berliner Theater
7.45 Uhr:
Anneliese v. Desrau

Abessinier-Pumpen
L. Laubenkoloniat z.
Selbstausstell.
Pflanzungen,
Kartoffeln,
Pumpen, Laubbüch-
Krüger
& Lohau
Pumpenfabr.
Königsstraße 14,
2. u. 3. Stock, 10.

Badeapparate-Klempner!
Durch Verhandlung wurde vereinbart,
das für dieses Jahr der Urlaub nach den
Berechnungen des BTB, gewährt wird.
Die Entschädigung sind 10 RT. pro Tag
zu zahlen.

Trianon - Th.
Tägl. 8 Uhr:
**Die blaue
Stunde**
Lustspiel von
Felix Josky

clonders
wirksam sind
die KLEINEN
ANZEIGEN in
der Gesamt-
ausgabe des
„Vorwärts“
und trotzdem
billig!

Donnerstag, 18. Juni, abds 7. Uhr.
bei Hummel, Sophienstr. 5:
Vertrauensmänner - Konferenz
der Elektro-Monteur und Helfer

Berliner Theater
7.45 Uhr:
Anneliese v. Desrau

Abessinier-Pumpen
L. Laubenkoloniat z.
Selbstausstell.
Pflanzungen,
Kartoffeln,
Pumpen, Laubbüch-
Krüger
& Lohau
Pumpenfabr.
Königsstraße 14,
2. u. 3. Stock, 10.

Die Konferenz der Zigaretten-
Maschinenfabriker und Betriebshand-
werker am 18. Juni fällt aus.
Die Konferenz der Eisenformet am
18. Juni fällt aus.
Die Konferenz der Eisenarbeiter am
18. Juni 1925 wegen der Branchenver-
sammlung aus.
Die Konferenz der Aufzugs- und
Elektro-Schweizer fällt aus.
Die Deutschermetall.

Vertretung der bestens bewährten zuverlässigsten Marken:
Adler - Fafnir - Opel - Protos
Minerva - Isotta Fraschini
in den neuesten und modernsten Ausführungen, von 4 - 6 - 8 Zylinder - Vierradbremse etc.
Karosserien jeglicher Art für erlesensten Geschmack aus renommiertesten Werken
Th. Ratz Automobil A.-G., Berlin W 35, Potsdamer Str. 112

Ata

Henkel's Scheuerpulver

Gebrauche Ata - und im Haus
Sieht's stets bei Dir wie Sonntag aus!
Mit Ata kannst Du alle Sachen
Blitzblank und appetitlich machen!

Ata putzt und scheuert alles!

Moderne Astrologen.

Von Hermann Radtke.

„In den Sternen steht es geschrieben!“ So heißt der erste astrologische Film, der gegenwärtig, von einem astrologischen Vortrag begleitet, seinen Weg über die deutschen Lichtspielbühnen macht und die Astrologie allen Ernstes als „eines der umstrittensten und interessantesten Probleme unserer Zeit“ zu behandeln sucht. Damit haben die sogenannten „wissenschaftlichen“ Astrologen, die in den letzten Jahren eine Unzahl astrologischer Schriften auf den Markt geworfen und durch eine groß angelegte Propaganda mit Vorträgen, Lehrkursen und Astrologenkongressen immer mehr naive Gemüter dem astrologischen Aberglauben in die Arme geführt haben, ein neues und lang ersehntes Mittel in die Hand bekommen, um ihre mittelalterlichen Ideen in noch weitere Kreise zu tragen. Kürzlich haben sie auch wieder einen „Kongress“ abgehalten, diesmal in Wien, und von dort haben sie der staunenden Welt verkündet, daß eine „große politische Partei Deutschlands“ — vermutlich dieselbe, die bei der Präsidentenwahl mit einem Horoskop arbeitete, welches für 1927 die Wiederaufrichtung des Kaiserreiches verhieß — ihre Führer auf Grund der von tüchtigen Astrologen gestellten Horoskope auswählte.

Vor wenigen Jahren hätte man eine solche systematische Neubelebung des seit Jahrhunderten widerlegten Glaubens an den Einfluß der Sterne auf alles Erdengeschehen, auf Charakter und Schicksal des Menschen, schlechterdings noch für unmöglich gehalten. Aber mit pseudowissenschaftlichen Elementen reich maskiert und in dem neuen Gewande einer „Erfahrungswissenschaft“ haben die alten Sternlehren, die im Zeitalter der Kreuzzüge auf dem Wege über die Araber ins Abendland kamen, zuerst in England wieder viele überzeugte Anhänger gefunden und dann nach dem Kriege sich auch in Deutschland immer mehr eingemiselt, ungeachtet des lässlichen Mißerfolges, den die Astrologen vom Fach gerade hier mit der unentwegten Prophegung des deutschen Endsieges erlebt haben.

Uebrigens ziehen die „wissenschaftlichen“ Astrologen, wie es auch im Film zum Ausdruck kommt, zwischen sich und dem Heer gewerbmäßiger Horoskopsteller, welche die Leichtgläubigkeit gewisser Kreise ungefragt ausbeuten dürfen, einen dicken Strich. In Berlin hat sich sogar kürzlich eine „Akademische Gesellschaft für astrologische Forschung“ aufgelöst, welche den astrologischen „Forschern und Scharlatanen“ das Handwerk legen und damit den angeblichen Hauptgrund für das Mißtrauen beseitigen will, das man der „echten“, der „wissenschaftlichen“ Astrologie noch entgegenbringt.

Indes gelangen die akademisch gebildeten Astrologen zur Deutung des menschlichen Charakters und Schicksals aus den Sternen auch nur, indem sie das verrostete Rüstzeug astrologischen Aberglaubens längst vergangener Zeiten hervorholen. Auch sie arbeiten insbesondere mit den zwölf „himmlischen Häusern“, die durch die Lehre von der Unendlichkeit des Alls endgültig zerklüftet sind, und mit den zwölf Zeichen des Tierkreises, die (infolge der fortschreitenden Bewegung unseres Sonnensystems) mit den zwölf gleichnamigen Sternbildern heute nichts mehr als den Namen gemein haben. Um das zu verschleiern, geben sie diese Kuriositäten jetzt in höchst modern anmutender Weise als „elektro-magnetische Kraftfelder“ und das ganze verstaubte System als eine Art moderner Strahlungsphysik aus, wobei sie annehmen, daß das menschliche Gehirn wie eine Antenne die von den Sternen kommenden Strahlen aufnimmt. Von den gewerbmäßigen Horoskopstellern, die sie so leidenschaftlich bekämpfen, unterscheiden sie sich im wesentlichen nur durch die Kompliziertheit ihrer Methoden, die sie aus zahlreichen astrologischen Schriften des Mittelalters und Mittelalters mühsam wieder ausgegraben haben. Aber gerade der Kompliziertheit dieser Methoden danken sie zum großen Teile die Verbreitung. Denn hinter diesem Wust von mittelalterlicher Gelehrsamkeit verbirgt sich ein bester die Reinheit ihrer Regeln, die meist nichts weiter sind als primitive Ableitungen aus den Namen, die man den Sternen und Sternbildern willkürlich beigelegt hat. So sollen die unter dem Stier geborenen Menschen einen Stiermagen haben, die unter der Waage geborenen feilisches Gleichgewicht zeigen, die unter dem Jupiter geborenen „soziale“ Naturen sein und so fort.

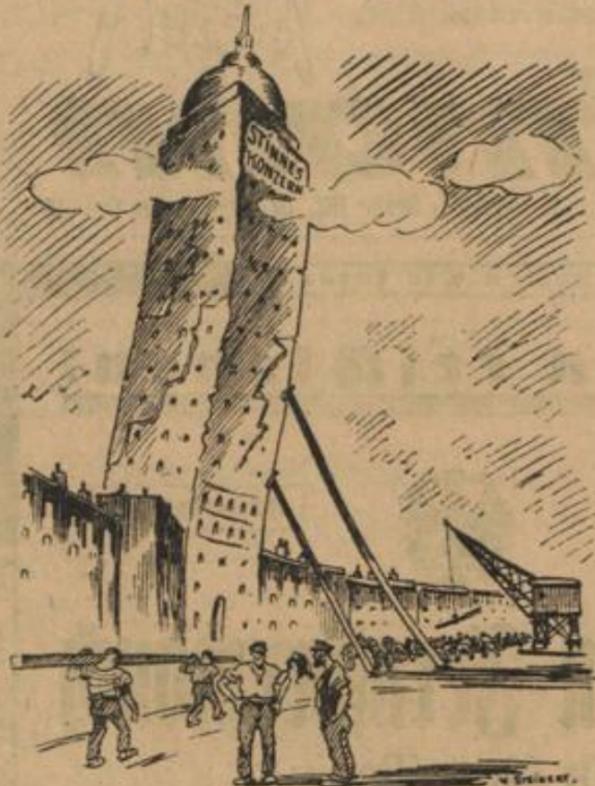
Ausschlaggebend für die Verbreitung der Astrologie sind die scheinbaren Erfolge, welche die Astrologen an Hunderten von Beispielen aus alter und neuer Zeit vorführen, nach mehr der Unnsand, daß diese Scheintreffer jeder an seinem eigenen Horoskop feststellen kann. Diese den Jünger der Astrologie immer von neuem in Erstaunen versetzende scheinbare Treffsicherheit beruht einerseits auf der Siegfamkeit der astrologischen Regeln, andererseits auf der mathematischen Anordnung des Horoskops, die es gestattet, jedes der Elemente im Horoskop mit einem Schorffinn an die Stelle zu bringen, wo man es grade braucht, um eine Charaktereigenschaft oder eine Begebenheit aus dem Stande der Sterne herzuleiten. In der großen Zahl der Möglichkeiten, die sich hierbei ergeben, liegt der Reiz, den die Horoskopie wie jedes auf mathematischer Grundlage ruhende Spiel in sich birgt.

Besonderen Eindruck auf Leichtgläubige hat neuerdings die statistische Zusammenstellung von Horoskopen und die daraus

hergeleitete angebliche Richtigkeit der alten astrologischen Regeln gemacht. Da sich unter den Statistkern auch ein paar dem astrologischen Aberglauben verfallene Kerle befinden, so hört man jetzt auch manchmal, es sei „ärztlicherseits“ der Wahrheitsgehalt der astrologischen Lehren festgestellt.

Die Wissenschaft hat begreiflicherweise auch gegenüber diesem Versuch, längst abgetane Dinge zu neuem Leben zu erwecken, geschwiegen. Die Astrologen haben daraus, wie man sich denken kann, den Schluß gezogen, es ließe sich nichts Etlichhaltiges gegen die stati-

Stinnes-Konzern



„Ein Wunder ist es nicht, wenn dieser Inflationswindelbau zusammenkracht. Is doch aus weiter nicht wie Dreck, Blut und Tränen uffgeleiert!“

stischen Erhebungen vorbringen, und sich mit dieser Behauptung neue Anhänger gefangen. Lieben sie es doch sehr, den Gegnern vorzuwerfen, sie hätten die „gereinigte“ Astrologie gar nicht studiert oder nicht erfaßt.

Demgegenüber und bei der großen Verbreitung, welche die Astrologie unter den zahlreichen Wirttskopen unserer Zeit gefunden hat, ist es erfreulich, daß aus dem Kreise der Gegner demnächst ein volkstümliches Buch erscheint, das zu der „wissenschaftlichen“ Astrologie nicht bloß theoretisch Stellung nimmt, sondern an praktischen Beispielen, und zwar an denselben, mit denen die Astrologen den Wahrheitsbeweis für ihre Lehre antreten, die Unsinnigkeit ihrer Methoden zeigt, u. a. an dem Geburtshoroskop des verstorbenen Reichspräsidenten. Haben sich doch die Astrologen mit Eberts Geburtshoroskop nie mit kaum einem andern beschäftigt, seinen glänzenden Aufstieg aus dem Stand der Gestrirne bei seiner Geburt hergeleitet und ihm dann unentwegt prophezeit, daß ein gewaltthamer Tod seinem Leben ein jähes Ende bereiten würde. Natürlich haben sie, wie immer, so auch hier recht behalten, denn niemand wird, sagen sie, bestritten, daß eine Operation ein gewaltthamer Eingriff ist. An diese radikale Auslegung ihrer Voraussage knüpfen sie dann noch allerhand dunkle Auslassungen, so als sei die Operation in Szene gesetzt worden, um Ebert, nachdem seine Stellung „unternüniziert“ worden sei, „mit vollem Bewußtsein“ zugunsten seiner „Freunde“, die mit dem Tod „in Verbindung stehen“, von der Bühne des Lebens abtreten zu lassen. Aus welchen Kreisen die Astrologen und ihre Anhänger kommen, das zeigt übrigens auch die Bonna, mit der sie aus dem Stand der Gestrirne am 9. November 1918 die kurze Lebensdauer der Republik und die baldige Wiederaufrichtung der alten Kaiserherrlichkeit lesen.

Die letzten Mayas.

Das Yucatan, das vor Jahrhunderten in Mittelamerika eine so großartige, noch aus den erhaltenen Ueberresten viel bewunderte Kultur schuf, lebt noch jetzt in einigen wenigen elenden Nachkommen fort. Es sind die Maya-Ketschi-Indianer, in deren Wohngebiet im Innern von Britisch-Honduras jetzt der englische Forschungsreisende J. A. Mitchell-Hedges weiß, um die großartigen Ruinen der geheimnisvollen Urwaldstadt Lubaantum auszugraben. Der Forscher ermittelt von diesen direkten Nachkommen des Volkes, das die großen Mayastädte baute, ein erschütterndes Bild.

„Nur noch 200 bis 300 von diesen Indianern sind übrig geblieben, degeneriert und dem Untergang geweiht,“ schreibt er. „Sie sind der letzte Rest eines hochentwickelten und mächtigen Volkes, das wahrscheinlich Millionen Bewohner zählte. Auf seinem Höhepunkt brachte dies Volk mathematische und astronomische Genies hervor, die größer waren als die Gelehrten, die die Welt im letzten halben Jahrhundert geizen. Nur noch ein schwacher Nachhall davon lebt in diesen Indianern, die rasch aussterben, da die Tuberkulosefestigkeit die Zahl der Geburten weit übertrifft. Von gewaltigen Steinhäuten, die ihre Vorfahren zur Bewunderung der Nachwelt errichteten, sind sie zu jämmerlichen Strohhütten herabgesunken. Während die Ähnen einen Kalender schufen, der vollkommener als wie der gregorianische und vom 14. Oktober 3373 v. Chr. bis zur Eroberung durch die Spanier in Kraft blieb, haben die Nachkommen kaum noch einen Begriff von Zeit. Einige Bräuche haben sich noch durch die Jahrtausende erhalten. Die Frauen schmücken sich mit glänzenden Angelhalsketten, tragen ihre Kinder auf der Hüfte und besäugen in Nacken und Rücken eine riesige Kröte, die es ihnen ermöglicht, Lasten bis zu 200 Pfund leicht zu tragen. Sie gehen in gebückter Haltung, ein Streifen von Baumrinde geht um ihre Stirn und ist mit der Last auf dem Rücken verbunden, so wie es wohl schon bei den alten Mayafrauen der Fall war. Die Frauen helfen einander, um in dem Urwald Strecken freizulegen, auf denen sie ihr Korn bauen, ihre einzige Nahrung. Ein Hauptling wird erwählt, dem ein Unterhauptling zur Seite steht. Wertwürdig ist das Gerichtsverfahren dieser Indianer. Die beiden Richter sitzen die ganze Nacht zu Gericht, unterstützt von drei Schulheuten. Beim Schein einer düsteren Laterne wird verhandelt, und in den Urteilen lebt noch etwas von der Weisheit der Vorfahren. Ein Streitfall sei angeführt: Eine Indianerin hat ihren Mann verlassen, um mit einem anderen zusammen zu leben. Nachdem sich der verlassene Mann Rut getrunken hatte, fing er mit dem anderen einen Streit an, und beide wurden vor das Gericht gebracht. Die Richter hörten ruhig ihre Erzählung an; dann sagten sie: „Bringt die Frau her.“ Nachdem dies geschehen, wurde der Mann, den sie verlassen hatte, zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, die er in einem kleinen Holzgefängnis abbüßen muß. Der andere aber erhielt die doppelte Gefängnisstrafe, und dann wandten sich die Richter zur Frau: „Du bist die Ursache des ganzen Streites und deshalb sollst du doppelt so lange ins Gefängnis kommen wie dein neuer Mann.“

Vom Farbensinn der Tiere. Frühzeitig hat der Mensch erkannt, daß bestimmte Tiergruppen ihm durch die Verfeinerung einzelner Sinnesorgane bedeutend überlegen sind. Der empfindliche Geruchssinn des Hundes, das scharfe Auge der Raubvögel, wie der überaus stark entwickelte Orientierungssinn der Zugvögel erregen immer wieder das Erstaunen verständnisvoller Beobachter. Dagegen war man bis jetzt nicht geneigt, den Tieren ein ausgeprägtes Unterscheidungsvermögen für Farbwerte zuzugestehen. Nun hat Professor Frisch (Breslau) vor kurzem sehr bemerkenswerte Versuche über den Farbensinn von Insekten und Tischen durchgeführt. Er legte Futter auf bestimmte farbige Stangen und konnte sich überzeugen, daß die Insekten dann immer auf die farbigen Stangen zugehen, auf denen das Futter lag. Lag es auf andersfarbigen Stangen, in unmittelbarer Nähe, so flogen sie doch den alten Futterstätten zu. Die Versuche wurden mit verschiedenen Farben wiederholt, und jedesmal machte Frisch die gleiche Erfahrung. Das gleiche Ergebnis hatten Versuche mit Tischen, die unter Wasser gefüttert wurden. — Die Versuche von Frisch sind neuerdings durch Wiener Untersuchungen über den Farbensinn der Bienen sehr glücklich ergänzt worden. Bienen, die zwischen Stock und Futterstelle verkehrten, wurden an bestimmte Farben gewöhnt. Dann wurden die beiden Früher, die Sitze des Geruchssinns, entfernt. Trotzdem fanden die Bienen zum Stock zurück und wurden nach einigen Tagen im Innern des Stockes beobachtet. Auch gewisse Tropenvögel scheinen sich nach den Untersuchungen von Parish (Wien) durch einen gut entwickelten Farbensinn auszuzeichnen. Bestimmte Blumenfamilien der heißen Zone sind überaus reich an Honig. Selbst die Eingeborenen sammeln den Blütenstaub. Die Farbensprache eben dieser Blumen ist unbeschreiblich, sie sind aber völlig dunkel. Trotzdem sind bestimmte Vögel, die zu den Honigsammlern gehören, ihre regelmäßigen Gäste. Oft selbst diesen Besuchern sogar das Rischorgon. Man kann also auch in diesem Fall nur von einer Verlockung durch die Farbe sprechen und darf annehmen, daß die Natur sich dieses verführerischen Mittels zur Erreichung ihrer Zwecke bedient.

Hausbrennerei.

Von Anders Thuborg.

Alle Augenblicke wurde der alte Andreas ans Fenster geschickt um nach „den Leuten“ Ausschau zu halten. Andreas, das war der Aftenleiter. Und die Leute, das war die Obrigkeit, die, wie man wußte, in der Gegend war.

Während Andreas Umschau hielt, hantierten Thomas Bestergaard und der Knecht Johannes mit den Apparaten. Es gehörte ja eine ungläubliche Genauigkeit dazu, es richtig anzufangen und etwas fertig zu kriegen, was zu trinken verlohnte.

„Ihr sollt doch aufhören mit dem verdammten Zeug“, sagte Marianne, „dabei riskiert man bloß, daß sie einem das Ganze wegnehmen, und eine Selbststrafe kann man außerdem noch kriegen und ins Gefängnis kommen. Es ist wirklich sonderbar, daß ihr so dumm seid!“

Aber Thomas Bestergaard und der Knecht Johannes waren durchaus so dumm. Im Gegenteil, es gab dem Branntwein einen ganz besonderen Geschmack, daß es sozusagen unter Lebensgefahr hergestellt wurde.

Wenn bloß der alte Andreas ordentlich aufpaßte, konnte nichts passieren. Dann konnten sie mit Leichtigkeit die Geräte zur rechten Zeit beiseite packen.

Sie hatten ein paar Steine im Kuhstall weggeräumt, etwas von der Pfasterung. Da hatten sie ein Loch gegraben, in das sie die Brennapparate packen konnten. Wenn man dann die Erde fest darum herumstopfte, und die Steine wieder an ihren Platz legte, so konnte kein Mensch einen Fehler in der Pfasterung entdecken, oder auf dem Gedanken kommen, daß gefehlwidrige Sachen darunter verborgen seien. Jede Behörde würde ununterrichteter Dinge wieder abziehen müssen.

Das einzige, worauf es ankam, war, wie gesagt, daß der alte Andreas, der an dem Unternehmen interessiert war, ordentlich Ausschau hielt. Wenn die hohe Obrigkeit unerwartet kam, dann war es aus mit der Chemie... aber das war auch das einzige.

Alles ging, wie es sollte. Als der alte Andreas von seinem Beobachterposten kam und atemlos mitteilte, daß er ein mißtrauenerweckendes Fahrzeug, eine Bieste Tabak entfern, auf der Landstraße bemerkt hätte, da ging alles wie am Schnürchen. Marianne bekam Leibschrmerzen vor Verdruß und blinzelte verdrießlich unter den Augenlidern hervor. Aber Thomas Bestergaard und der Knecht packten ihre Gerätschaften zusammen, brachten sie in den Kuhstall und verstaften sie in dem Loch, füllten die Erde fest darum herum und legten die Steine sorgfältig zurecht, wie sie vorher gelegen hatten. Das war im Augenblick geschehen, jede Spur war vermischt.

Das war das Hauptmanöver sozusagen... aber es gab noch andere wichtige Dinge, an die man denken mußte.

Der Pferdefunge, Klein Jens, der rothhaarig war und Sommerprossen hatte, aber einen hellen Kopf, wurde ausgeschickt, um zu rekonozieren... es war ja möglich, daß es gar nicht die hohe Obrigkeit war, und dann wollten sie sich den Teufel tun und sitzen und in Angst auf den Wagen warten.

Klein Jens konnte alle Vorsichtsmaßnahmen. Der verriet sich nicht. Und er konnte auch im Notfall selbständig einen Ausweg finden.

Marianne konnte nicht mehr mit ihm fertig werden. Er betrog sie jedesmal, wenn sie miteinander Geschäfte hatten.

Klein Jens wurde also dem Wagen entgegen geschickt. Es hatte mehrere Tage geregnet. Die Wege waren aufgeweicht und lagen in Schlamm und Schmutz, es war kein Vorwärtkommen für Wagen.

Für alle Fälle begann Jens, ehe er noch sicher war, was für Menschen im Wagen saßen, seine Künste.

Er fing an laut zu brüllen, so daß die Tränen ihm nur so herunterrollten. Und da er sich eigentlich nie wusch, war sein Gesicht so voll Schmutz, daß dieser durch die Tränen rundherumgeschmiert wurde und eine Art Maske bildete.

So sah er aus, als der Wagen ihn erreichte. Er heulte, als ob einer mit der Peitsche hinter ihm her wäre. Es war unmöglich,

nicht auf ihn aufmerksam zu werden, außerdem ging er von einer Begleite zur anderen, sprang über die Wagenspuren und sah verzweifelt in sie hinein.

Der Landrichter und sein Schreiber ließen den Wagen halten, als sie des Burischen Gehabens und Tränen sahen.

Wonach er denn suchte?

Klein Jens schluckte und würgte — er hätte Geld verloren, wofür er beim Kaufmann etwas kaufen sollte. Er sagte nicht viel, er war so unglücklich über sein Mißgeschick, daß er kaum die Erklärung herausbringen konnte.

Das war ja eine schlimme Geschichte, aber es ließ sich doch übersehen. Der Landrichter und sein Schreiber sahen sich an.

„Wieviel ist es denn?“

„Ein Taler.“

„Ka ja.“

Aber da fiel dem Landrichter etwas ein:

„Gehörst Du zu Thomas Bestergaard?“

Ja, das konnte Klein Jens nicht leugnen. Mit treuerhitzigen blauen Augen sah er den Herrn im Wagen an; der Tränenstrom war abgeebbt, nur die Spuren sah man noch, die grauen Schmutzflecke glichen den Wellenlinien, die man am Ufer sieht, wenn das Wasser zurückgegangen ist.

Ja, er war Pferdefunge auf Bestergaard.

„Hör mal,“ sagte der Landrichter, „kannst Du mir sagen, ob sie da Branntwein brennen?“

Klein Jens sah sehr nieder.

Nein, das glaubte er nicht. Im übrigen verstand er nichts von solchen Sachen. Aber er stotterte, und sein ganzes Betragen zeigte, daß er lag, und daß er ganz genau Bescheid wußte. Das merkte der Landrichter denn auch. Und er erkannte, daß er ganz anders vorgehen mußte. . . .

„Hier hast Du einen Taler!“ sagte er zu Klein Jens, nun brauchst Du nicht mehr zu weinen wegen des Geldes... aber nun mußst Du mir auch erzählen, wo Dein Herr seine Instrumente verbirgt. . . Du weißt es ja ganz genau.“

(Schluß folgt)

Sie klagen ohne zu leiden!

Landbund-Statistiken und Wirklichkeit.

Um die Zollvorlage schnell unter Dach und Fach zu bringen, wird vom Reichslandbund ein reichhaltiges „Tatsachenmaterial“ verbreitet und in Massen den Interessentkreisen ausgehändigt. Natürlich erfolgt die Verbreitung dieses Materials nicht durch den Reichslandbund, sondern durch den Deutschen Landwirtschaftsrat, um „Unparteilichkeit“ zu demonstrieren. Wer die Zusammensetzung des Deutschen Landwirtschaftsrates aber kennt, weiß auch, daß in dieser Körperschaft, wie in fast allen agrarischen Spitzenorganisationen, die Landbündler die Mehrheit haben.

Es dürfte interessant sein, auf eine Angelegenheit hinzuweisen, die nur kurze Zeit zurückliegt. Vor einem Jahre war die agrarische Presse voll von Schilderungen über die ungeheuren Schäden, die der strenge Winter 1923/24 unter dem Saatensand angerichtet haben sollte. Von diesen Schilderungen wurde auch die Vintspresse beeinflusst. Die Landbündler rechneten dabei mit der gefühlsmäßigen Einstellung des deutschen Volkes. Angesichts der Schilderungen, einer bevorstehenden schlechten Ernte dachten damals weite Kreise des Volkes an einen vollständigen Zusammenbruch unserer Ernährungswirtschaft, die ja an sich schon schlecht genug war. Diese gefühlsmäßige Einstellung ist heute noch nicht überwunden, und dies muß der in Wahrnehmung seiner Interessen so überaus rührige Reichslandbund weiblich aus.

Auswinterungsschäden?

Vor uns liegt eine Eingabe vom Mai 1924 aus Hinterpommern, unterzeichnet von der Kreisgruppe Lauenburg des pommerischen Landbundes, der landwirtschaftlichen Kreis-Kommission und dem Landrat als Vorsitzenden des Kreis-Ausschusses. In dieser Eingabe wurde behauptet, daß 95 Proz. aller Roggenflächen ausgewintert seien. Der Landwirtschaftsverband Ostpreußen hat zu gleicher Zeit in einer Eingabe an die Regierung behauptet, daß durch den strengen Winter 1923/24 in Ostpreußen durchschnittlich ein Drittel der angebauten Roggenflächen ausgewintert sei. Selbstverständlich wurden mit diesen Begründungen Steuererleichterungen usw. gefordert. In jenen Eingaben wurde der Schaden natürlich so dargestellt, als wenn auf diesen ausgewinterten Flächen im Jahre 1924 überhaupt nichts geerntet worden ist; selbstverständlich sind die tatsächlich ausgewinterten Flächen aber anderweitig bestellt worden. Auf Grund dieser und ähnlicher Schilderungen, die man auch aus anderen Bezirken anführen könnte, wurde trotzdem fortwährend von einer bevorstehenden Missernte des Jahres 1924 gesprochen. Auch nachdem die Ernte eingebracht war, ist immer noch von der Missernte des Jahres 1924 isoliert worden. Selbst der landwirtschaftliche Sachminister Graf Kanitz hat auf einer Tagung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft noch im Februar 1925 die Notlage der Landwirtschaft u. a. auch mit der „Missernte“ des vorigen Jahres begründet.

Schäden im Lichte der Erntestatistik.

Inzwischen ist die Begründung der neuen Zollvorlage, auf deren allgemeinen Wert wir hier nicht eingehen wollen, erschienen. Darin ist auch der Gesamtenergieertrag an deutschem Getreide der letzten sechs Jahre angegeben. An Getreide wurden in je 1000 Tonnen geerntet 1919: 16.579, 1920: 14.076, 1921: 16.884, 1922: 12.929, 1923: 17.972 und 1924: 16.115. Daraus ergibt sich, daß wohl die Ernte im Jahre 1924 niedriger ausgefallen ist, als in dem besten Jahre der Nachkriegszeit 1923. Sie ist aber höher als in vorhergehenden Jahren. In diesem Zusammenhang wollen wir die in weiten Kreisen anerkannte Tatsache, daß unsere Nachkriegsernten überhaupt höher sind, als die amtliche Statistik anzeigt, gar nicht in Berechnung stellen, sondern uns nur an die amtlichen Zahlen halten. Ergibt sich schon aus der Reichsstatistik, daß von einer eigentlichen Missernte 1924 erntemäßig nicht gesprochen werden kann, so wird das weiter bewiesen, indem man die statistischen Zahlen für Ostpreußen und Pommern heranzieht. Die Gesamternte an Roggen, Weizen, Hafer und Gerste betrug in Ostpreußen im Jahre 1923 rund 1.418.000 Tonnen, im Jahre 1924 dagegen 1.042.000 Tonnen, in Hinterpommern (Regierungsbezirk Köslin) 1923: 538.000 Tonnen, 1924 rund 477.000 Tonnen. Da in beiden Bezirken der Anbau des Winterroggens vorherrschend, hätten sich mithin die geschilderten „ungeheuren Auswinterungsschäden“ des Winters 1923/24 doch im Ernteertrag 1924 auswirken müssen, ganz besonders, wenn man beachtet, daß der Ernteertrag in allen Gebieten Deutschlands gegenüber 1923 einen Rückgang erfahren hat. Hier verlagern die Kunststücke des Reichslandbundes völlig.

Will man aber ein genaues Bild über die Ernteergebnisse in jenen beiden Bezirken erhalten, dann muß der Ernteertrag der Kartoffel hinzugezogen werden. An Getreide und Kartoffeln zusammen wurden geerntet:

	1923	1924
Prov. Ostpreußen	3 329 000 t	3 884 000 t
Reg.-Bez. Köslin	2 064 000 t	2 262 000 t

Das ergibt mithin für Ostpreußen, bis auf eine kleine Differenz, den gleichen Ernteertrag, dagegen im Reg.-Bez. Köslin, wo man bekanntlich am tollsten gelogen und am meisten geklagt hat, eine beachtenswerte Steigerung gegenüber 1923. Die Ernte an anderen Hackfrüchten, Runkel- und Zuckerrüben, wollen wir gar nicht erwähnen, da bekanntlich die Hackfrüchtereute und auch die der Wiesen im Jahre 1924 verhältnismäßig gut war.

Im Hinblick auf die Tatsachenschilderungen bedarf es jedenfalls keiner besonderen Kritik, wie man die seit Jahren zu einer dauerhaften Einrichtung gewordenen Schilderungen über die Not der

Landwirtschaft durch die Landbündler zu bewerten hat. Wenn wir rückblickend in gegenwärtiger Zeit darauf hinweisen, so geschieht dies aus dem Grunde, um zu veranlassen, daß man das sogenannte Tatsachenmaterial der Landbündler doppelt und dreifach prüft. **Georg Schmidt, M. d. R.**

Die Sorge um die Kartelle.

Zur Bekämpfung des Mißbrauches wirtschaftlicher Macht wurde feinerzeit kurz nach der Kartellstabilisierung die sogenannte Kartellverordnung in Kraft gesetzt. Daß sie in der Bekämpfung des Kartellunfugs wenig geleistet hat, ist bekannt. Wohl wurde eine große Zahl von Urteilen gefällt; von sich aus aber haben Kartellgerichte und Reichswirtschaftsminister es bisher nicht für nötig befunden, in die Gestaltung der Kartellverbände einzugreifen. Obwohl ganz offenkundig auf weiten Gebieten der industriellen Produktion die Preise noch heute überspannt sind, wurde bisher noch kein einziges Kartell durch den Reichswirtschaftsminister aufgelöst. Neuerdings scheint nun das Kartellgericht die Absicht zu haben, seine Stellung zu Beschwerden über Kartellübergriffe noch zu revidieren und die Aufrechterhaltung von Kartellen noch mehr als bisher zu erleichtern. Amlich wird nämlich mitgeteilt:

In neuerlichen Entscheidungen nahm das Kartellgericht nochmals Gelegenheit, sich grundsätzlich zu der Frage zu äußern, unter welchen Voraussetzungen die Beschränkung der wirtschaftlichen Freiheit, die mit Maßnahmen des inneren und äußeren Organisationszwanges verbunden ist, dem Mitglied eines Kartells nicht mehr zugemutet werden kann, so daß seine fristlose Kündigung als zulässig erscheint.

In einem der Fälle handelte es sich darum, daß ein bedeutendes Mitglied des Kartells der Textilveredelungsindustrie, das unter anderem auch in der Preiskommission Sitz und Stimme hatte, sich für Zulassung der von ihm ausgesprochenen sofortigen Kündigung auf das Vorhandensein einer Reihe von Mißständen im Kartellations- und Bedingungsweisen des Verbandes, über eine unzumutbare Organisation und ein ungerechtes Vorgehen der Geschäftsstelle und andere Mißstände mehr berief. Das Mitglied hatte sich jedoch von der Teilnahme am Organisationsleben, insbesondere auch von einer Mitwirkung in der Preiskommission völlig zurückgezogen, niemals Beschwerden laut werden lassen oder Widerspruch erhoben, dann aber auf Grund des § 8 fristlos gekündigt.

Das Kartellgericht hat die Kündigung für unzulässig erklärt und in Zusammenfassung von Überlegungen, die teilweise bereits in früheren Entscheidungen zugrunde gelegt wurden, folgenden Grundsatze aufgestellt:

„§ 8 der Kartellverordnung setzt voraus, daß die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit eines Kartellmitgliedes unbillig eingeschränkt ist oder ihm aus sonstigen wichtigen Gründen billigerweise das Verbleiben im Kartell nicht zugemutet werden kann.“

Als äußerster Rechtsbehelf kann das Recht zur fristlosen Kündigung im allgemeinen erst dann gewährt werden, wenn das Kartellmitglied vergeblich versucht hat, auf dem im Kartellvertrage vorgesehenen, für ihn gangbaren Wege eine Abhilfe zu schaffen. Diese Auffassung hat das Kartellgericht in ständiger Praxis vertreten. Sie wurzelt in der Ermüdung, daß ein Kartell nicht nur wechselseitige Rechte und Pflichten erzeugt, durch welche seine Mitglieder bei ihrer wirtschaftlichen Betätigung zusammengehalten werden; der Verband stellt vielmehr regelmäßig auch eine Schutzgemeinschaft dar, die nach dem Willen der Begründer berufen sein soll, im Rahmen der Satzung mit der Kraft des Ganzen den wirtschaftlichen Bedrängnissen der einzelnen Genossen möglichst abzuwehren und dadurch willkürliche Kündigungen und unbillige Erschütterungen fernzuhalten. Ein Kartellmitglied, das sich wirtschaftlich gehemmt und bedrängt fühlt, soll daher in aller Regel zunächst den Verband und seine Organe anprechen, ehe es fristlos den Schutzvertrag zerreiht.“

Das Kartellgericht fährt dann fort: „Die kündigende Firma hatte keinen genügenden Grund zu der Annahme, daß ihre etwaigen Bemühungen um eine Aenderung der Verbandssatzung und Verbandsbedingungen, sowie um die Erlangung besonderer Zugeständnisse in einzelnen Fragen, um die Aufhebung der Vertragsstrafe oder um eine zweckmäßigere Organisation der Geschäftsstelle von vornherein aussichtslos seien. Einen Versuch zu machen, war sie jedenfalls verpflichtet, sie hat aber nichts getan.“

In einem anderen Falle nimmt das Kartellgericht insbesondere zu der Frage Stellung, inwieweit ein nicht einwandfreies Vorgehen eines Geschäftsführers eines Verbandes Grund zur fristlosen Kündigung geben kann. Es führt in seiner Entscheidung hierzu aus:

„Dieses Vorgehen des Geschäftsführers kann die kündigende Firma aber dem Verbände selbst nicht in dem Ausmaße einer fristlosen Kündigungsberechtigung zur Last legen. Sie hätte vielmehr . . . hiergegen zunächst die sühnungsgemäße Beschwerde durchführen müssen.“

um dann fortzufahren: „Beschwerden eines Mitgliedes gegen die Geschäftsführung können überdies nur dann Grund zum fristlosen Austritt geben, wenn ihr Inhalt entweder zu nachweislich schwererer Schädigung führte, oder die gerade an dieses Amt zu stellenden hohen Anforderungen vorzüglich und groblich verletzt wurden, und trotzdem seitens der zuständigen Verbandsorgane hiergegen Abhilfe nicht rechtzeitig geschaffen wird.“

Diese Mitteilungen des Kartellgerichtes müssen das größte Befremden erregen. Das Kartellgericht ist doch nicht dazu da, darüber zu wachen, daß die Kartellmitglieder ihre Satzungen innehalten! Seine Aufgabe ist vielmehr dafür zu sorgen, daß Übergriffe der Verbandsorgane sich nicht wirtschaftsschädigend auswirken. Das kann aber schon dann der Fall sein, wenn eine Verbandsfirma in den Rahmen des Kartells gezwungen, einen ihr notwendig erscheinenden Preisabbau im Tage oder im Wochen hinauschieben muß!

Der Sinn der Kartellverordnung ist doch der, das Kartellwesen wieder in geordnete Bahnen zu lenken, Preisüberschreitungen zu verhindern, unbillige Bindungen an ungesunde Lieferbedingungen usw. zu beseitigen; die Tatsache, daß die Kartellverordnung auf diesem Gebiete weitgehend verfehlt, hat u. a. dazu geführt, daß die Sozialdemokratie jetzt ihrerseits darauf hinwirkt, durch eine Verschärfung des Kartellgesetzes eine strengere öffentliche Kontrolle der Kartellpraxis herbeizuführen. Die Auslassung des Kartellgerichtes beweist, wie notwendig eine solche Reform des Kartellrechts ist.

Dynamit A.-G. Nobel u. Co., Hamburg. Im Gegensatz zu vielen anderen Gesellschaften, die trotz vorhandener Gewinne keine Dividende verteilen, scheint die Dynamit A.-G. Nobel u. Co., Hamburg ihren Geschäftsgewinn in der 5proz. Dividende voll auszuschütten. Unbedeutend ist, ob in dem Reingewinn die Erträge aus den beträchtlichen Berechtigungen, die höchst unflarerweise mit Kasse, Wechseln und Wertpapieren zusammengepackt sind, schon voll enthalten sind. So läßt sich auch für die Beteiligungspolitik nicht ersehen, was bei dem starken Interesse der Nobel-Dynamit-Gesellschaft an der bergbauartigen Industrie bedauerlich ist. Die gegenüber der Goldberufungsbilanz nur geringfügig auf rund 9 (8,9) Mill. erhöhten eigenen Betriebsanlagen erfahren offenbar nur sehr geringfügige Abschreibungen (im ganzen 377 000 M.). Die Rohstoffe, Waren und Lager sind um fast 30 Proz. tiefer angesetzt als in der Goldbilanz. Bemerkenswert ist die Verflechtung der Bankschulden. Allerdings sind die Forderungen der „Verbündeten Gesellschaften“ etwa um den gleichen Betrag gestiegen. Die höchst summarische Aufmachung der Bilanz wird durch die Schwermut der Geschäftsbereitschaft unangenehm verstärkt, so daß sich für den wirklichen Stand der Gesellschaft nichts gewinnen läßt.

Um die Pachtordnung.

Landwirtschaftsfragen im Landtag.

In der gestrigen Landtagssitzung betonte Ab. Diehl (Z.), daß die Zentrumsfraktion von der Notwendigkeit der landwirtschaftlichen Zölle durchdrungen sei. Graf Kanitz habe sich zu einseitig für Getreidezölle eingesetzt, wobei er noch bedauerlicherweise an dem Schutze der Brauereiernte vorbeigegangen wäre. Am bedauerlichsten sei der geringe Schutz für den Obst-, Gemüse- und Weinbau. Notwendig sei ein Schutz, der die Produktionskosten zwischen inländischem und ausländischem Konsum ausgleiche. Der begonnene Abbau der Pachtordnung müsse fortgesetzt werden.

Abg. Schwedt (Dnat.) empfiehlt die deutschnationalen Anträge zum Schutze des Weinbaues. Die Schutzzölle müßten so gestaltet werden, daß sie eine brauchbare Grundlage abgeben könnten für günstige Handelsverträge.

Abg. Stenkel (D. Sp.) bittet die Staatsregierung, dafür zu sorgen, daß die Entwässerungsverhältnisse in weiten Teilen Preußens erheblich gebessert und grundlegend geregelt würden.

Abg. Müller-Frankfurt (Komm.) bekämpft die Zollpolitik.

Abg. Meiske (Dem.) empfiehlt, in der Zollfrage das Ergebnis des Gutachtens des Reichswirtschaftsrates zu beachten. Jedemfalls dürften Zölle auf Futtermittel nicht erhoben werden. Ebenso seien Minimalzölle abzulehnen. Bei den Getreidezölle werde der Großbesitz zu sehr hervorgehoben. Die wirtschaftliche Bedeutung des Mittel- und Kleinbesitzes werde auch in der Zollfrage zu sehr vernachlässigt. Der Redner empfiehlt zum Schutze den Antrag seiner Fraktion, das Staatsministerium zu ersuchen, im Reichsrat dafür einzutreten, daß die Befristung der Pachtordnung aufgehoben, die Möglichkeit der Vertragsverlängerung von 2 auf 5 Jahre erhöht und die Bestimmungen der Verordnung auf die nach dem 1. März 1924 abgeschlossenen Pachtverträge ausgedehnt werden.

Abg. Melamener (Soz.):

Die Deutschnationalen und zum Teil auch das Zentrum stellen sich hier im Gegensatz zur Haltung ihrer Fraktionen im Reichstag beim spanischen Handelsvertrag. Im Wahlkampf waren sie dessen schärfste Gegner; im Reichstag sind sie nach der Bearbeitung durch den Reichstag umgefallen, die Deutschnationalen etwas schneller, das Zentrum langsamer. Was hat es nun mit ihrer Opposition im Landtage eigentlich auf sich?

Abg. Dr. Hoffmann-Münster (Dnat.) wünscht Verbesserung der Entwässerungsordnung für Ostpreußen und wünscht Beseitigung der Pachtordnung.

Abg. Jacoby-Raffauf (Z.) tritt ebenfalls für Beseitigung der Pachtordnung ein.

Abg. Graf Stolberg (D. Sp.) empfiehlt den Antrag seiner Fraktion, das Staatsministerium zu ersuchen, dahin zu wirken, daß in bezug auf die Termine zur Zurückziehung der der Landwirtschaft zur Verfügung gestellten Saatgutkredite auf die schwierige Lage der Landwirtschaft Rücksicht genommen wird.

Abg. Skellerup (Komm.) erklärt, die kommunistische Fraktion stelle ihre Anträge, obwohl sie wisse, daß sie in dieser schlimmsten aller Schieberrepubliken keine Aussicht haben.

Nach einer weiteren Debatte und nach der Einzelbesprechung, die nichts Neues ergeben, werden Ministergehalt und eine Reihe weiterer Positionen bewilligt.

Mittwoch 10 Uhr: Fortsetzung der Beratung des Landwirtschaftsbanshalts. — Schluß: 5 Uhr.

Die dicke runde
KIBARI 3 SCHERIF
ohne Mundstück
WENESTI
Flaches modernes Format
Gold * Strohh * Kork-
PFENNIGE

